



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
Sitzung	Donnerstag, 4. Dezember 2025 19.00 Uhr, Aula OSOS Obersiggenthal
Vorsitz	Mara Jenni, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmenzähler	Ralf Hunziker Ursula Spinnler
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Jürg Stucki, Gemeindeschreiber Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Entschuldigt	Daniel Jenni
Ende der Sitzung	22.28 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2025/25	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2018/35	Kreditabrechnungen Fernwärme-Projekt SIBANO	4
3	2025/26	Statusbericht Energiepolitisches Programm	6
4	2022/31	Bericht Legislaturziele 2022-2025	9
5	2025/27	Gemeindevertrag mit der Stadt Baden betreffend Jugendarbeit	12
6	2025/03	Postulat "Sicher in die Schule"	17
7	2025/10	Motion Lukas Füglistner betreffend Aufhebung Parkplatz in der Schulanlage Unterboden	24
8	2025/29	Verpflichtungskredit Spielplatz Schulanlage Unterboden	28
9	2025/30	Umfrage	30
10	2025/31	Verabschiedungen	33

Mara Jenni, Präsidentin: Ich eröffne offiziell die 16. und letzte Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur 2022/2025. Die Unterlagen wurden euch rechtzeitig zugestellt. Es gibt eine Pause mit Kaffee und Kuchen, organisiert von der Pfadi. Der Treffpunkt nach der Sitzung ist im Haldengut, in der wiedereröffneten Pizzeria im Markthof. Einen Apéro wird es nach der Sitzung nicht geben, da dieser vom Einwohnerrat selbst aus dem Budget gestrichen wurde.

1 2025/25 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Mara Jenni, Präsidentin: Die folgende Person hat sich entschuldigt: Daniel Jenni. Verspätet erscheinen wird Kim Grab, da sie einen längeren Dienst hat. Aktuell sind somit 38 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 20 Stimmen. Wir kommen nun zum nächsten Punkt. Aufgrund der kurzen Zeitspanne zwischen der 15. Sitzung und der heutigen 16. Sitzung liegen noch keine Beschlüsse vor, die bereits Rechtskraft erlangt haben.

Dann kommen wir zu den **Mitteilungen** des Gemeinderates.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der neu gewählte Gemeinderat hat sich bereits am 17. November 2025 zu seiner ersten Sitzung getroffen und die Ressortverteilung vorgenommen. Bei der Ressortverteilung bleibt im Wesentlichen alles beim Alten. In den Themenbereichen und Kommissionen hat es zum Teil leichte Verschiebungen gegeben.

Der neu gewählte Michael Weibel übernimmt das Ressort Bildung, Jugend und Sport. Zusätzlich wird er sich dem Thema Frühförderung widmen, insbesondere der Deutschförderung, welche vor dem Kindergarten von grosser Bedeutung ist.

Der Vizeammann und Finanzvorsteher Peter Martin übernimmt nun definitiv die Liegenschaften und zwar umfassend. Er hat sich in diesem Bereich bereits gut eingearbeitet. Zudem stehen grössere Sanierungen an, die einen erheblichen Einfluss auf die Gemeindefinanzen haben werden. Ausserdem ist er zuständig für den Forstbetrieb, sowie für die Ortsbürger.

Tanja Marullo behält ihr Ressort, welches neu in Gesellschaft umbenannt wird. Ausdrücklich neu erwähnt in ihrem Ressort ist der Bereich Asyl, da dieser Bereich eine zunehmende Wichtigkeit einnimmt.

Peter Huber bleibt Ressortleiter Bau. Neu wird das Thema Umwelt seinem Ressort angegliedert, damit möglichst wenige Schnittstellen zwischen dem Gemeinderat und dem Bereich Bau bestehen. Ebenfalls gehören die entsprechenden Kommissionen zu seinem Zuständigkeitsbereich.

Bei mir persönlich bleibt alles beim Alten. Lediglich die Verkehrskommission wechselt zum Ressort von Peter Huber, da diese im Wesentlichen dem Bereich Tiefbau zuzuordnen ist.

Der neu gewählte Gemeinderat startet am 5. Januar 2026 mit seiner ersten Sitzung. Im Februar 2026 wird er sich zu einer Klausur zurückziehen, um die Legislaturziele der neuen Amtsperiode zu definieren.

Vor der nächsten Einwohnerratssitzung wird es eine Informationsveranstaltung für neue Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte geben. Diese wurde bereits letztes Mal durchgeführt und wurde sehr positiv aufgenommen. Die Zielgruppe sind primär die Neugewählten. Selbstverständlich dürfen auch amtierende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte teilnehmen und einen Refresher-Kurs absolvieren.

Ich habe noch eine Mitteilung im Zusammenhang mit der Fernwärme und der Strassenaufwertung in Ennetbaden. Was hat Ennetbaden mit uns zu tun? Dies ist insofern von Bedeutung, da der Bus Nummer 6, der durch Rieden von und nach Baden verkehrt, über Ennetbaden fährt. Uns wurde mitgeteilt, dass es zu Strassensperrungen kommen wird und dass der Bus

Nummer 6, die Haltestelle in Rieden, zwischen April und Oktober des nächsten Jahres, nicht mehr bedienen würde. Dies ist sehr unerfreulich. Wir haben Kontakt mit den Regionalwerken, der Gemeinde Ennetbaden sowie der RVBW aufgenommen, um nach Lösungen zu suchen.

Abschliessend noch eine Mitteilung zum Gesamtverkehrskonzept Raum Baden und Umgebung. Ende Juni wurden die grossen Planungsphasen abgeschlossen. Aktuell befindet man sich in der Vorbereitung der öffentlichen Anhörung. Obersiggenthal ist davon stark betroffen. Die öffentliche Anhörung startet am 16. Dezember 2025 und dauert bis am 31. März 2026. Alle sind eingeladen, an dieser öffentlichen Anhörung des Kantons, teilzunehmen. Sobald die Koordinaten bekannt sind und die Unterlagen vorliegen, werden die entsprechenden Links auf unserer Webseite publiziert.

Tanja Marullo, Gemeinderätin: Gerne komme ich zur Frage der letzten Einwohnerratszeitung betreffend Milchexpress-Alternativen zurück. Wir werden uns in der neuen Legislatur damit befassen und euch zu gegebener Zeit eine Antwort geben.

Gerne gebe ich euch noch Informationen zur kantonalen Asylunterkunft, welche in Obersiggenthal ist. In der kantonalen Asylunterkunft wurden in der Vergangenheit immer wieder schwierige Fälle untergebracht. Insbesondere gab es drei Bewohner, die für grösseres Aufsehen gesorgt haben. Aus der Bevölkerung gingen zahlreiche Meldungen ein, unter anderem wegen Ladendiebstählen, Belästigungen und weiteren Vorfällen. Wir haben uns als Gemeinderat dieser Situation angenommen und uns stark dafür eingesetzt, gemeinsam mit dem Kanton und der Leitung der Asylunterkunft nach Lösungen zu suchen. Die drei Personen konnten inzwischen in eine andere Asylunterkunft versetzt werden. Wir sind sehr froh darüber, da sich die Situation deutlich beruhigt hat. Bis jetzt sind keine weiteren Meldungen aus der Bevölkerung eingegangen. In der kommenden Woche ist zudem ein weiteres Gespräch mit dem Kanton geplant, bei dem wir gemeinsam besprechen werden, wie solche Situationen künftig möglichst vermieden werden können. Wir sind der Meinung, dass das Vorgehen insgesamt sehr gut verlaufen ist. Es ist zwar bedauerlich, dass es durch diese drei Bewohner zu dieser Situation kommen musste, jedoch ist das Thema nun geklärt und Ruhe ist wieder eingekehrt. Sollten ihr dennoch etwas mitbekommen, wären wir dankbar, wenn ihr der Gemeinde ein entsprechendes Mail zukommen lasst, damit wir umgehend reagieren und den Kanton kontaktieren können.

Unsere Gemeinde engagiert sich auch für unsere geschätzten Seniorinnen und Senioren. Wie ihr wisst, hat heute das Seniorenessen stattgefunden, welches jeweils einmal im Monat an einem Donnerstag durchgeführt wird. Es durften auch einige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte teilnehmen. Gerne teile ich euch mit, dass heute insgesamt 107 Personen anwesend waren. Die Teilnehmenden hatten grosse Freude und haben das Angebot sehr genossen. Ein herzlicher Dank geht an euch sowie an die Gemeinde, dass wir diesen Anlass gemeinsam durchführen dürfen.

Vielleicht gelingt es im nächsten Jahr, dass noch ein paar mehr Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte teilnehmen.

Peter Huber, Gemeinderat: Ein kurzes Update zum Schwimmbad: Wir haben eröffnet, das Hallenbad ist offen, und es ist erfreulich, wie sich alles präsentiert. Es gibt noch kleinere Herausforderungen mit den Handwerkern, da gewisse Punkte noch nicht ganz reibungslos laufen. Budgetmässig liegen wir aktuell im Rahmen, das kann ich zum jetzigen Zeitpunkt sagen. Es gibt zwar noch ein paar Dinge, die nicht rund laufen, insgesamt ist das Resultat jedoch sehr erfreulich. Die Schulen sind bereits eingebunden, befinden sich im regulären Schwimmbetrieb und der Schwimmunterricht funktioniert gut.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann kommen wir zu den **Neueingängen**. Es liegen zwei Neueingänge vor. Einerseits handelt es sich um die Motion "Umsetzung Masterplan Bachmatt" der SP-Fraktion und der GLP-Fraktion. Ebenfalls liegt das Postulat der Mitte-Fraktion vor mit dem Titel "Mitgliedschaft im Verein Energiestadt ohne ein Label zu beantragen".

Dann kommen wir zum letzten Punkt vom Traktandum 1, nämlich zum **Protokoll**. Aus dem gleichen Grund wie bereits erwähnt, da die 15. Einwohnerratssitzung zeitlich sehr nahe an der heutigen Sitzung stattgefunden hat, liegt noch kein Protokoll vor. Dieses wird dem Rat erst im neuen Jahr an der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

2 2018/35 Kreditabrechnungen Fernwärme-Projekt SIBANO

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Vizeammann: Wir haben die Gesamtabrechnung ziemlich gut getroffen. Von der Kreditabrechnung liegen wir im Rahmen. Wenn wir jedoch ins Detail gehen, sehen wir, dass es grössere Abweichungen gegeben hat. Diese Abweichungen waren schwierig nachvollziehbar. Die Frage war daher, was überhaupt der Auslöser dafür gewesen ist. Mit Hilfe von Christian Buser konnten wir Klarheit gewinnen. Für diejenigen, die damals noch nicht dabei waren, es war so, dass das Thema Fernwärme gegenüber der Gemeinde relativ kurzfristig angestossen wurde. Das bedeutete, dass sehr rasch eine Kreditvorlage erarbeitet werden musste und die notwendigen Abklärungen unter hohem Zeitdruck erfolgten. Dies führte dazu, dass möglicherweise nicht alle Abklärungen in die Tiefe vorgenommen wurden, wie man es gewollt hätte. Wenn man das Gesamtergebn betrachtet, ist es gut. Geht man jedoch in die einzelnen Gewerke, zeigen sich grössere Abweichungen, die man unter normalen Umständen nicht erwarten würde.

Ich habe das letzte Mal angekündigt, dass ich präsentiere wo wir bei den Kreditabrechnungen stehen. Der Auslöser war unter anderem die Feststellung im FIKO-Bericht im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2023, dass wir bei den Kreditabrechnungen einen Rückstand haben. Es waren insgesamt 17 Projekte offen. Das entspricht 33 einzelnen Geschäften in der Einwohnergemeinde und in der Spezialfinanzierung mit einem Gesamtvolumen von rund CHF 13.2 Mio. Der Gemeinderat hat daraufhin den Leiter Finanzen, Bernhard Wehrli, beauftragt, die Führung in diesem Prozess zu übernehmen. Kreditabrechnungen sind grundsätzlich nicht primär Aufgabe der Abteilung Finanzen, sondern liegen in der Verantwortung der jeweiligen Projektverantwortlichen, die Abrechnungen erstellen und zur Finalisierung weitergeben werden. Bernhard Wehrli hat die Kreditabrechnungen grösstenteils selbst vorgenommen, stellvertretend für andere Abteilungen. Wenn wir weitergehen und schauen wo wir heute stehen, können wir festhalten, dass 12 Projekte abgerechnet wurden, das entspricht 22 Positionen. Wir sind einen guten Schritt vorangekommen. Die Zahl ist aktuell frisiert, denn wir gehen davon aus, dass die vorliegende Kreditabrechnung genehmigt wird. Insgesamt wurden rund CHF 8.2 Mio. abgerechnet.

Zu den offenen Spezialfällen: Zwei Projekte wurden zurückgestellt. Zwei Projekte befinden sich in der Aufarbeitung und eines ist so weit fortgeschritten, dass der Gemeinderat demnächst darüber entscheiden kann. Zusätzlich wurden im Jahr 2024 im Rahmen der Rechnung, noch zwei Budgetkredite abgeschlossen.

Der Brandfall im OSOS wurde in der Rechnung 2024 abgeschlossen. Es war ein aufwendiges Geschäft, das parallel zu den übrigen Arbeiten, bearbeitet wurde. Ein weiterer Kredit ist aktuell zur Prüfung bei der FIKO, nämlich die Feuerwehrfunkt-Infrastruktur.

Beim Schulhausneubau Goldiland wurde die Kreditabrechnung in Absprache mit der FIKO extern vergeben. Gemeinsam wurde entschieden, diese Abrechnung durch die BDO prüfen zu lassen, da es sich um eine grössere Kreditabrechnung handelt. Die Arbeiten dazu sind derzeit im Gang.

Chronologisch ist zuletzt die Sanierung des Hallen- und Gartenbads zu erwähnen. Es wurde bereits ein Zwischenabgleich zwischen den Angaben des Architekten und den Buchhaltungsdaten vorgenommen. Dies soll dazu beitragen, den weiteren Prozess zu beschleunigen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass in diesem Bereich viel erreicht wurde und wir weiter daran arbeiten werden. Das erklärte Ziel ist, möglichst keine Einwohnerratssitzung ohne Kreditabrechnung durchzuführen. Darüber kann man im Januar 2026 allenfalls noch diskutieren. Grundsätzlich sollte jedoch jede Sitzung mit einer Abrechnung abgeschlossen werden. Zum Schluss möchte ich mich speziell bei Bernhard Wehrli für seinen grossen Einsatz bedanken. Ebenso danke ich der FIKO, die durch die Vielzahl an Kreditabrechnungen stark gefordert wurde, sowie den Mitarbeitenden der Verwaltung, die ebenfalls dazu beigetragen haben.

Anand Keshava: Zu diesem Kredit haben wir keine Stellungnahme. Generell kann ich jedoch sagen, dass wir das Thema Kreditabrechnungen mehrfach angesprochen haben. Inzwischen wurden deutliche Fortschritte erzielt, wofür wir dem Gemeinderat danken.

Christian Grau: Wir danken von Herzen für die Aufarbeitung dieser Kreditabrechnungen. Der Dank gilt nicht nur dem Gemeinderat, sondern auch den Mitarbeitenden der Verwaltung sowie der FIKO. Ich habe für mich einen Jahresüberblick erstellt und bin dabei lustigerweise auf nahezu dieselben Zahlen gekommen. Es ist sehr erfreulich zu sehen, dass es vorwärts geht und wir Schritt für Schritt wieder Ordnung schaffen.

Sandra Hehli: Ich schliesse mich der Mitte-Fraktion an. Die SVP-Fraktion bedankt sich für eine weitere Kreditabrechnung, die wir heute auf dem Tisch haben. Unser Dank gilt insbesondere Bernhard Wehrli sowie der Verwaltung. Wir sind froh, wenn wir eine Kreditabrechnung nach der anderen abschliessen können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich möchte nur schnell, bevor wir abstimmen, vermerken, dass Kim Grab eingetroffen ist und dass wir jetzt bei 39 vereidigten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten sind. Das absolute Mehr liegt immer noch bei 20. Ist jemand dagegen, dass wir alle drei Kreditabrechnungen zusammennehmen und gemeinsam darüber abstimmen? Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

**Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:
Folgende Kreditabrechnungen sind zu genehmigen:**

Fernwärme-Projekt SIBANO

- a) Erneuerungen an Strassenanlagen von CHF 360'821.30**
- b) Erneuerungen an Wasserleitungen von CHF 342'444.35**
- c) Erneuerungen an Abwasserschächten von CHF 37'821.85**

Der Antrag wurde mit 39 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

3 2025/26 Statusbericht Energiepolitisches Programm

Eintreten nicht bestritten

Christian Keller, Gemeinderat: Der Gemeinderat legt ihnen heute Abend das letzte Mal in dieser Legislatur den Statusbericht zu unserem energiepolitischen Programm vor. Wir haben in den letzten vier Jahren viel gemacht, nicht alles. Wir sind nicht überall zufrieden, aber wir denken, wir haben bei allem Fortschritte gemacht und etwas erreicht.

Wir blicken nun auf die nächste Legislatur. Es steht eine Überarbeitung des energiepolitischen Programms an. Es wird eine grössere Überarbeitung geben, denn ihr wisst, es ist an den Katalog des Vereins Energiestadt angeknüpft. Dieser Katalog wurde umfassend überarbeitet. Neu geht es darin vor allem auch um die Netto-Null Zielsetzung bis ins Jahr 2050. In der Überarbeitung wird es darum gehen, die politischen Programme in unserer Gemeinde ebenfalls zu übernehmen. Hier wird ebenfalls die Energie- und Umweltkommission an dieser Überarbeitung arbeiten. Sie haben den Statusbericht erarbeitet, der jetzt vorliegt. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken. Dabei ist mir aufgefallen, als ich den Bericht noch einmal durchgeschaut habe, dass es auf der Seite 2 der Vorlage einen Datumsfehler gibt. Hier hat sich ein "copy paste"-Fehler eingeschlichen.

Christian Grau: Ich habe von der EUK noch ein paar Mitteilungen. Einen Teil hat Christian Keller bereits vorweggenommen. Wie gesagt, es ist der neue Massnahmenkatalog, den der Verein Energiestadt präsentiert hat. Er zielt hauptsächlich darauf hin, Netto-Null im Jahr 2050 zu erreichen. Dazu sind einfach alle Mitglieder angesprochen, ein Aktionsprogramm vorzulegen, wie Energie gespart werden kann. Es gibt auch für uns Nachholbedarf.

Zusätzlich ist nicht nur die Verwaltung in der Pflicht, sondern es werden auch die anderen Akteure auf dem Gemeindegebiet gefragt inkl. Privatpersonen. Der Katalog hat 50 Massnahmen. Wir sind diese Massnahmen durchgegangen und haben gemerkt, dass dieser zum Teil deutlich über das Einsatzfeld der EUK hinausgeht. Zum Beispiel müssen wir ein Verkehrskonzept vorlegen und das wäre in unserem Fall die Verkehrskommission, welche das dann anpacken muss. Es ist auch so, dass unsere Möglichkeiten sowohl von den Ressourcen als auch vom Fachwissen zum Teil überstiegen werden und nicht alles vorhanden ist, was wir brauchen. Trotzdem sieht die EUK die Überarbeitung des Katalogs als eine Chance, den Dialog für Energie- und Umweltthemen in unserer Gemeinde aktiv weiterzuführen.

Wenn eine Gemeinde eine zertifizierte Energiestadt ist, muss sie 50 Prozent aller Punkte erreichen. Wir sind nicht zertifiziert, deshalb stellt sich für uns vor allem die Frage, wo wir das grösste Potenzial haben und wo wir mit dem Wenigsten das Meiste herausholen können. Wie Christian Keller bereits gesagt hat, sind wir die Punkte durchgegangen und haben diese als Liste zusammengefasst. Wen betrifft was? Wo könnte man etwas machen? Wo wissen wir es noch nicht? Diese Liste haben wir dem Gemeinderat zur Weiterverarbeitung übergeben. Wir können sagen, es bleibt spannend. Wir freuen uns auf die nächste Legislatur und sind gespannt, was alles dazukommt und hoffentlich auch einiges weggehen wird.

Mara Jenni, Präsidentin: Nochmals zur Information über dieses Geschäft. Wir werden nicht über das Geschäft abstimmen, es dient nur zur Kenntnisnahme.

Christian Grau: Für die Mitte-Fraktion ist es von zentraler Bedeutung, dass Umweltthemen tiefergerichtet und konsequent vorangetrieben werden. Wenn man das Programm anschaut, das uns zugestellt worden ist, fühlt es sich allerdings eher ein bisschen nach einer Pendenzenliste an, man wird nicht so richtig warm. Es wäre eigentlich wünschenswert, dass die erzielten Erfolge nachher sichtbar werden. Das kann sicher auch als Input in die EUK hineingetragen werden.

Wir würdigen die Arbeit, welche gemacht wurde, um die EUK in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Mitte-Fraktion beantragt dem Gemeinderat, dass die Mitgliedschaft im Verein Energiestadt geprüft wird, ohne Ambition zur Zertifizierung. Der Gewinn, den wir daraus hätten, wäre der Zugang zu Fachwissen, zu einer grossen Datenbank, sowie zu weiteren relevanten Informationen des Vereins. Zu diesem Zweck übergeben wir das Postulat.

Tomas Nezel: Wir verfolgen sehr interessiert den jährlichen Fortschritt im energiepolitischen Programm und ich möchte noch kurz auf ein paar Punkte eingehen. Bei den kurzfristigen Zielen steht bei Punkt 4, was alles in den letzten Jahren erreicht wurde. Es ist im Jahr zuvor gestanden, dass bei der KVA Turgi abgeklärt wurde, wie die Wärme jetzt da ist. Unterdessen weiss man das scheinbar und es ist einfach ein Update.

Punkt 6 betrifft die Erstellung des Sanierungsplans für kommunale Gebäude und Anlagen. Nach der Sanierung des Hallen- und Gartenbads erwarten wir, dass dies im nächsten Jahr angangen wird und dass es Ende 2026 einen Sanierungsplan gibt.

Bei den permanenten Zielen steht bei Punkt 2: Die Gemeinde weist aktiv auf das Beratungsangebot des zugewiesenen Energieberaters hin. Als Status steht, dieser Punkt soll mit dem neuen energiepolitischen Programm im Jahr 2026 nochmals bewertet werden. Ich habe von unserem Gemeinderat Christian Keller erfahren, dass es in der Vergangenheit etwa einmal ein paar Zahlen gegeben hat. Wir wissen nicht wirklich, wie viele in unserer Gemeinde den Energieberater in Anspruch genommen haben. Zudem wissen wir auch nicht, was die Beratung überhaupt gebracht hat. Deshalb sind wir der Meinung, ebenso wie Christian Grau, dass wir diesen Punkt im nächsten Jahr genau anschauen.

Dann zu Punkt 5: Unternehmensstrategie der Energieversorger, ist der Status, dass die Konzessionsverträge neu verhandelt und mit einer Nachhaltigkeitsanforderung ergänzt wurden. Im Jahr 2026 sollte diese Forderung präzisiert werden. Wir haben in Obersiggenthal viele Einwohnerinnen und Einwohner, die eigene Photovoltaikanlagen haben und so nachhaltigen Strom ins Netz der EGS einspeisen. Wichtig, es gibt noch andere, die sich das überlegen. Jedoch sinken im nächsten Jahr die Vergütungstarife der EGS für den Solarstrom wieder überproportional im Vergleich zu den Bezugstarifen. Das bereits zum zweiten Mal in Folge. Das gefährdet das Hauptziel im energiepolitischen Programm unserer Gemeinde, nämlich die Versorgung mit erneuerbarem und ökologischem Strom.

Wir fordern vom Gemeinderat, dass er in der Präzisierung der Nachhaltigkeit im Konzessionsvertrag mit der EGS diese Entwicklung korrigiert und sich für Solarstrom in Obersiggenthal stärker einsetzt. Wir von der GLP-Fraktion danken der Energie- und Umweltkommission und dem Gemeinderat für den vorliegenden Statusbericht.

Marco Erni: Herzlichen Dank für den Statusbericht des energiepolitischen Programms. Wir stellen fest, dass eine Aktualisierung und Neuausrichtung des Kompasses dringend nötig sind. Diverse Ziele sind nicht mehr gültig, da sie nicht erreicht wurden oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Ganz ehrlich, so richtig Freude kommt beim Lesen nicht auf. Die Frage ist, ob man es merken würde, wenn wir alle die gleichen Voten halten wie letztes Jahr. Wir würden wieder sagen, dass die Hochwasserschutzmassnahmen hier nichts zu suchen haben, dass das Programm zu wenig ambitioniert ist und dass wir die Klimaziele so nicht erreichen.

Wir hätten uns gewünscht, dass etwas mehr Zeit in die Aktualisierung investiert worden wäre. Beispielsweise in einen Statusbericht zur Umsetzung des kommunalen Gesamtplans Verkehr, auch wenn dieser nicht wirklich in ein energiepolitisches Programm passt. Die SP-Fraktion anerkennt jedoch, dass Ziele erreicht worden sind, wie zum Beispiel die PV-Anlage im Pumpwerk Aesch und dass die Energie- und Umweltkommission weiterhin engagiert an den Themen arbeitet, unter anderem bei der Energieverbrauchsoptimierung von Gemeindeligenschaften.

Was wir uns zum Ende des vierjährigen Programms gewünscht hätten, ist eine Gesamteinschätzung des Gemeinderats zur Zielerreichung. Wie viel wurde erreicht? Ist der Gemeinderat zufrieden oder nicht? Für das neue, überarbeitete energiepolitische Programm geben wir dem Gemeinderat mit auf den Weg, ambitionierte Ziele zu setzen und diese mit Ehrgeiz zu verfolgen, damit die Gemeinde als Leuchtturm vorangehen kann. Diese Ziele sollten die Erreichung von Netto-Null bis 2050 beinhalten und gleichzeitig möglichst gut messbar sein. Wir sind überzeugt, dass sich dieses Engagement für unsere Gemeinde nachhaltig auszahlen wird.

Christian Blum: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Verabschiedung des Statusberichts des energiepolitischen Programms. Ich bin jetzt, wie Christian Grau, ebenfalls in der Energie- und Umweltkommission. Deshalb werde ich nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, sondern nur festhalten, dass man insgesamt einen guten Fortschritt sieht. An anderen Stellen erkennt man jedoch, dass aus verschiedenen Gründen wenig geschehen ist. Nun befinden wir uns in der neuen Legislaturperiode. Aus Sicht der FDP-Fraktion sollte die wichtigste Aufgabe der Energie- und Umweltkommission sein, den Gemeinderat beim Netto-Null-Ziel für das Jahr 2050 zu unterstützen. In der neuen Legislaturperiode sollte der Gemeinderat dieses ambitionierte Ziel zu einer hohen Priorität machen. Im Moment ist jedoch nicht klar, was dies konkret für Obersiggenthal bedeutet.

Zum einen gibt es die Emissionen, welche von der Gemeindeadministration in ihren Abteilungen selbst verursacht werden. Zum anderen gibt es die Emissionen der Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb und ausserhalb des Gemeindegebiets. Basierend auf den übergeordneten Emissionszielen der Schweiz, braucht es in naher Zukunft eine Vision, eine Strategie sowie konkrete Massnahmen des Gemeinderats.

Eine gute Nachricht ist, dass in der Gemeinde immer mehr Photovoltaik zu sehen ist. Das Potenzial der Gemeindeligenschaften für Photovoltaik wurde bisher kaum genutzt. Auf den Dächern der Schulhäuser und Turnhallen der Gemeinde ist weiterhin erfreulich viel Platz für neue Photovoltaikanlagen vorhanden. Ebenso besteht ein grosses Potenzial für Einsparungen beim Strom, aber auch beim Wärmeenergieverbrauch.

Die FDP-Fraktion will sich unter anderem über die Mitarbeit in der Energie- und Umweltkommission weiterhin in Energie- und Umweltthemen einbringen, da mit steigenden Energiekosten zu rechnen ist. Es hat nicht nur Auswirkungen auf das Klima, sondern auch auf die finanzielle Zukunft der Gemeinde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Statusbericht Energiepolitisches Programm wird zur Kenntnis genommen.

4 2022/31 Bericht Legislaturziele 2022-2025

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat zu Beginn dieser Legislatur seine Ziele formuliert. Wir haben am Anfang und zur Mitte dieser Legislatur darüber informiert. Nun stehen wir am Ende der Legislatur und es ist Zeit, ein Fazit zu ziehen. Unsere Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten findet ihr in den Unterlagen. Darauf gehe ich an dieser Stelle nicht weiter ein. Falls Fragen bestehen, sind diese selbstverständlich gerne willkommen.

Retrospektiv sind ein paar generelle Anmerkungen anzubringen. Die wichtigsten Projekte dieser Legislatur waren das Schulhaus Goldiland, die Sanierung des Hallen- und Gartenbads und die aktive Mitarbeit am Gesamtverkehrskonzept Raum Baden und Umgebung.

Dem Verkehrsprojekt haben wir vieles andere untergeordnet. An dieser Stelle nochmals einen herzlichen Dank an alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Mitglieder der Kommissionen der IG sowie an die Bevölkerung, die sich aktiv eingebracht und an den Mobilitätskonferenzen, sowie den Online-Befragungen teilgenommen haben.

Das Gesamtverkehrskonzept hat den Gemeinderat auch in einem Umfang absorbiert, den wir uns zu Beginn dieser Legislatur kaum vorstellen konnten. Es waren nicht nur die äusserst anspruchsvollen Sitzungen in den verschiedenen Gremien, sondern insbesondere auch die unzähligen Stunden für die Vorbereitung und Nachbereitung dieser Sitzungen. Ich persönlich habe mir pro Sitzung mindestens zwei Tage freigeschaufelt um mich intensiv mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Innerhalb kürzester Zeit mussten wir uns in komplexe Fragestellungen einarbeiten, Vorschläge hinterfragen, eigene Vorstellungen entwickeln und diese fundiert in die Diskussion einbringen. Dies alles wohlverstanden als Personen, die keine Fachleute in diesen Bereichen sind. All dies war notwendig, um die Interessen der Gemeinde aktiv vertreten zu können.

Bei der Erarbeitung der Legislaturziele beziehungsweise der zugeordneten Legislaturmassnahmen im ersten halben Jahr 2022, hat der Gemeinderat die ursprünglich 44 möglichen Legislaturmassnahmen auf 23 reduziert. Dieser Entscheid ist uns damals nicht leichtgefallen. Wir haben uns durchgerungen und sind mit viel Elan in die Legislatur gestartet.

Rückblickend mussten wir feststellen, dass wir noch weitere Einschränkungen hätten vornehmen sollen. Während der Legislatur wurde der Gemeinderat immer wieder mit neuen und unerwarteten Herausforderungen konfrontiert. Beispielsweise mit der Energiemangellage, dem statischen Problem des Dachs beim Schulhaus Bachmatt, dem Brand in den Werkräumen des Schulhauses OSOS, Entscheidungen betreffend des Hallen- und Gartenbads, wie etwa der Entsorgung der Wintersauna, unvorhergesehenen Zusatzarbeiten, schweren Erkrankungen von Schlüsselpersonen, der Eröffnung der kantonalen Notunterkunft für Asylsuchende sowie der Explosion im Markthof.

Daneben lief jedoch stets das reguläre Tagesgeschäft. Dafür musste und muss auch künftig genügend Zeit zur Verfügung stehen, nicht nur für den Gemeinderat, sondern insbesondere auch für die Verwaltung, welche die in den Legislaturzielen festgelegten Geschäfte operativ vorbereitet und schliesslich umsetzt.

Das Ziel bei der Entwicklung der Legislaturziele für die nächste Amtszeit muss daher eine weitere Reduktion und eine stärkere Fokussierung sein. Vieles konnten wir aufgleisen, einiges steht kurz vor dem Abschluss und andere Vorhaben konnten wir erledigen. Aus unserer Sicht sind wir nicht restlos zufrieden. Dennoch konnten wir mit der Eröffnung des Schulhauses Goldiland, der Sanierung des Hallen- und Gartenbads, sowie mit dem Resultat des Gesamtverkehrskonzepts Raum Baden und Umgebung wegweisende Projekte mit guten Ergebnissen und wichtigen Meilensteinen abschliessen.

Tomas Nezel: Wir sind am Ende der Legislaturperiode und es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Von diesen 22 Legislaturzielen sind 41 % erreicht worden. Das sind die Ziele, die grün markiert sind. Man kann sich fragen, ob es ein schwaches Ergebnis ist oder ob die Ziele einfach zu hoch gewesen sind oder ob die Umsetzung vielleicht über eine zu kurze Zeitspanne angesetzt gewesen ist. Im letzten Fall wäre es für die Zukunft sinnvoll, konkrete Teilziele zu formulieren für die nächste Legislaturperiode. Wir verstehen, dass der Gemeinderat durch verschiedene Ereignisse und Grossereignisse absorbiert gewesen ist bei der Erfüllung dieser Legislaturziele. Wir hoffen, dass es in der nächsten Legislatur ein wenig besser geht und man eine höhere Quote erreicht.

Ich möchte im Folgenden auf ein paar Themen eingehen. Das Thema Bildung ist sehr wichtig. Ich möchte dem Gemeinderat wirklich für den Einsatz und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie danken. Zum Thema Finanzen: Wir begrüssen, dass die Pendenzen im Liegenschaftsunterhalt angepackt werden. Unklar ist immer noch, wo längerfristige Einsparungsmöglichkeiten und zusätzliche Einnahmen sind. Wir haben vernommen, dass sich Personen für die Taskforce zur Verfügung stellen. Wir würden gerne wissen, ab wann die Taskforce einsatzbereit ist. Zum Thema moderner Gemeindeorganisationen: Wir begrüssen die Umsetzung der Massnahmen im Bereich IT, wie die Schulung der Mitarbeiter, die Sicherstellung der IT-Infrastruktur und die elektronische Aktenführung. Zum Thema Natur möchte ich auch der NHK für ihren Einsatz danken.

Wir begrüssen die Entwicklung der BNO-Gesamtrevision, dass es vorwärtsgeht und wie der Gemeinderat selbst, warten wir jetzt einfach auf den Grundlagenbericht des Kantons. Zum Thema Zusammenleben: Es steht, dass der Gemeinderat zweimal aus Kostengründen auf die Umsetzung des Kiesrasens verzichtete. Der Einwohnerrat beantragt in der Budgetberatung nicht die Annahme der entsprechenden Kosten. Es gibt den Masterplan Bachmatt von der Planungskommission. Wir sehen aber keine angemessene Anstrengung des Gemeinderates zur Umsetzung. Deswegen reichen wir zusammen mit der SP-Fraktion eine Motion zur Umsetzung des Masterplans. Verkehr: Wir haben es gehört und wir wissen, dass das GVK Raum Baden und Umgebung uns wahnsinnig absorbiert hat. Wir sind froh, dass am Schluss der Gemeinderat eine klare Haltung eingenommen hat für eine zeitungungsverträglichere Lösung im Siggenthal.

Zum Thema Tempo 30 an der Gemeindestrasse haben wir erfahren, dass es nächstes Jahr umgesetzt wird. Wir verstehen nicht, warum beim westlichen Teil des Kirchwegs, nicht schon längst Tempo 30 umgesetzt wurde?

Am Ende möchten wir dem Gemeinderat für den Bericht über die Legislaturziele danken. Wir nehmen es zur Kenntnis.

Mara Jenni, Präsidentin: Thomas Nezel, war das eine direkte Frage gewesen, die du jetzt beantwortet haben möchtest?

Tomas Nezel: Mich würde das schon interessieren.

Peter Marten, Vizeammann: Gerne werden wir anfangs Jahr Stellung dazu nehmen.

May Beyli: Im Namen der SP-Fraktion danken wir dem Gemeinderat, den Gemeindemitarbeitenden und allen freiwilligen und engagierten Menschen in und für Obersiggenthal sehr herzlich für den grossen Einsatz in dieser Arbeit und die Umsetzung der Legislaturziele. Uns ist bewusst, wie anspruchsvoll die Priorisierung ist, wir schätzen die Arbeit sehr. Gleichzeitig möchten wir anmerken, dass die Beurteilung der einzelnen Ziele für uns teilweise sehr schwierig ist. Zum Beispiel bei der transparenten Darstellung der modernen Gemeindeorganisation. Bei anderen Themen, wie etwa im Zusammenleben ist es für uns unklar, wie Prioritäten gesetzt worden sind. Im Bachmatt-Areal ist es einfacher. Als Begegnungszonen sind zwar im Jahr 2022, Bäume ge-

pflanzt und im Jahr 2024, Bänke angeschafft worden. Gleichzeitig hat man zweimal aus Kostengründen auf den Kiesrasen verzichtet und dazu festgehalten, dass der Einwohnerrat keine entsprechenden Budgetanträge gestellt hat. Deshalb reichen wir heute eine Motion ein. Insgesamt wird das Projekt weniger konsequent verfolgt, als es wünschenswert wäre für eine lebendige Begegnungszone. Auch bei der BNO wären klarere und verständlichere Fahrpläne hilfreich, besonders bei so fachfremden Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen, wie zum Beispiel ich. Unser Anliegen ist es, die wertvolle Arbeit des Gemeinderates besser nachvollziehen zu können. Wir wünschen uns für die kommenden Legislaturziele realistische und messbare Zielsetzungen. Ebenfalls eine etwas konkretere Darstellung der erreichten und nicht erreichten Ziele, inklusive der Herausforderungen. So können wir nämlich auch als Rat mitdenken und gemeinsam Lösungen entwickeln.

Christoph Villiger: Die FDP-Fraktion findet es notwendig und gut, dass der Gemeinderat sich Ziele setzt. Für die Vierjährige und in diesem Monat endende Amtsperiode hat sich der Gemeinderat nicht weniger als 16 Legislaturziele sowie 20 dazugehörige Massnahmen gesetzt. Wir haben es vorhin gehört, es ist die 16. Sitzung, somit die letzte Sitzung der vierjährigen Legislatur.

Wie der Gemeinderat in seinem Bericht zu den Zielen festhält, hat unter anderem die Mitwirkung am Gesamtverkehrskonzept Raum Baden sehr viele Ressourcen beansprucht und auch viel Zeit in Anspruch genommen, sodass der Gemeinderat gezwungen war, entsprechend zu priorisieren. Das Bild zeigt auch die Übersicht über die Umsetzung der Legislaturziele und Massnahmen, dass schliesslich weniger als die Hälfte, nämlich 41 %, vollständig umgesetzt werden konnten und mit einer grünen Ampel versehen sind.

Positiv ist jedoch zu erwähnen, dass insgesamt viele Zielmassnahmen in der vergangenen Legislaturperiode angepackt wurden und Zwischenziele erreicht werden konnten. Leider wurden die einzelnen Legislaturziele nicht gewichtet, sodass nicht erkennbar ist, welchem Ziel der Gemeinderat welche Priorität und Wichtigkeit zugemessen hat. Für die Zukunft und im Hinblick auf die nächste Legislatur möchte die FDP-Fraktion dem Gemeinderat folgendes mitgeben: Erstens „Reduce to the max“. Damit ist nicht eine Werbung mit einem Kleinwagen gemeint, sondern die Konzentration auf eine geringere Anzahl von Zielen, damit mehr Fokus auf die einzelnen Ziele gelegt werden kann. Dadurch wird es auch möglich, nicht erwartete Komplexitäten besser zu händeln. Zum zweiten eine klare Priorisierung der Ziele, damit die Stossrichtungen des Gemeinderates besser erkennbar werden.

Ulrich Meier: Die Mitte-Fraktion bedankt sich ebenfalls beim Gemeinderat für das Verfassen des Berichts und nimmt diesen zur Kenntnis. Woran die Legislatur speziell geprägt worden ist, darauf gehe ich nicht ein, diese Punkte wurden bereits erwähnt. Vielleicht sind wir teilweise einer anderen Ansicht oder wir hatten das Gefühl, dass priorisiert werden musste und dass diese Prioritäten auch gesetzt worden sind.

Wenn Prioritäten gesetzt werden, ist für uns klar, dass nicht alle geplanten Legislaturmassnahmen vollumfänglich umgesetzt werden können. Wir haben Verständnis dafür. Für uns ist ersichtlich, dass die Prioritäten erkannt wurden. Wir bedanken uns beim Gemeinderat, dass er entsprechend gehandelt hat.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bericht, Legislaturziele 2022-2025, wird zur Kenntnis genommen.

5 2025/27 Gemeindevertrag mit der Stadt Baden betreffend Jugendarbeit

Eintreten nicht bestritten

Mara Jenni, Präsidentin: Zur Besprechung dieses Geschäftes nimmt Alexandra Oster, Leiterin Soziokulturelle Mandate und Jugendarbeit der Stadt Baden, Einsitz.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben bereits eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Trotzdem möchte ich noch einmal zwei/drei Eckpunkte anfügen. Ich bin sehr froh, dass Frau Oster heute anwesend ist, falls fachliche Fragen kommen. Eine allgemeine Vorbemerkung von mir: Es ist vielleicht verwunderlich, warum ich dieses Geschäft vertrete, weil das Ressort eigentlich bei Christian Keller liegt. Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste Grund ist, dass Christian Keller seine letzte Sitzung mit uns absolviert. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass hier eine gewisse Kontinuität gewahrt bleibt und das Geschäft in der nächsten Legislatur weitergeführt wird. Der zweite Grund ist, dass Christian Keller beruflich stark eingebunden ist, was es unter anderem schwierig gemacht hat, Termine zu finden. Aus diesem Grund habe ich mich den Gesprächen mit der Stadt Baden angenommen.

Kurz zur Vorgeschichte: Der Auslöser war die bevorstehende Pensionierung des Leiters des Jugendnetzes. In diesem Zusammenhang hat sich die Jugendkommission mit dem Gemeindevertrag auseinandergesetzt und diesen geprüft. Die Schulsozialarbeit wurde bereits an den Verein BZBplus ausgelagert, diesem hatte der Einwohnerrat zugestimmt. Nun steht noch die Jugendarbeit zur Diskussion.

Auch hierzu hat sich die Jugendkommission intensiv mit der Thematik befasst. Es wurden Gespräche geführt mit der Abteilung soziokulturelle Mandate der Stadt Baden. Zudem fanden Gespräche mit dem Jugendpolizisten, Patric Nussli, sowie mit der Stadtpolizei statt. Weiter wurde eine Umfrage bei den Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Auf dieser Grundlage hat man sich dafür entschieden, bei der Stadt Baden, eine offizielle Anfrage zu platzieren. In der Folge fand ein runder Tisch mit den Jugendmitarbeitenden, dem Schulleitungsteam, sowie mit zwei Mitgliedern des Gemeinderates statt. Der Gemeinderat hatte einen Grundsatzentscheid gefällt und dem Vertrag bereits zugestimmt. Wir sind heute hier, da auch der Einwohnerrat dem Vertrag zustimmen muss. Der Stadtrat Baden hat dem Vertrag ebenfalls bereits zugestimmt.

Noch kurz zur Befragung im April 2025: Befragt wurden Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufe während 14 Tagen. Ich gehe kurz auf eine Folie ein, die weiteren Details sind in den Unterlagen ersichtlich. Bei der Mittelstufe zeigt sich, dass die meisten sehr gerne zu Hause sind, was durchaus beruhigend ist. Der nächstbeliebte Ort ist der Aufenthalt draussen im Quartier. Danach folgt der Schulhausplatz Unterboden. An dritter Stelle stehen die Vereine, sowie das Hallen- und Gartenbad. Anschliessend folgt bereits die Stadt Baden, welche im Diagramm gelb markiert ist. Grün markiert ist das JUGS.

Bei der Oberstufe verschiebt sich das leicht. Auch hier sind die Jugendlichen am liebsten zu Hause. Danach halten sie sich gerne draussen im Quartier auf, beispielsweise in Kirchdorf oder an anderen Orten. An zweiter Stelle folgt bereits die Stadt Baden. Auf dem dritten Platz liegt wiederum der Schulhausplatz Unterboden.

Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Das JUGS ist nicht das Zentrum des Geschehens für unsere Jugend, zumindest nicht im Sinne eines ausschliesslichen Treffpunktes. Die Bedürfnisse der Jugendlichen werden nicht vollständig abgedeckt. Die Jugendlichen sind regional unterwegs und die Jugendarbeit soll dort stattfinden, wo sich die jungen Leute aufhalten. Zudem müssen wir flexibel reagieren können. Beispielsweise wurde der Pumprack eingeweiht. Dieser ist sehr beliebt, was wiederum Veränderungen im Nutzungsverhalten mit sich bringen kann. Wir streben zudem eine verstärkte Vernetzung zwischen Schule, Familie, Verein und Kirche an, wobei auch die kirchliche Jugendarbeit eine Rolle spielt, sowie eine bessere Abstimmung der Angebote.

Die entsprechende Aufstellung findet ihr ebenfalls in den Unterlagen. Da ist auch eine Darstellung von Frau Oster enthalten, weshalb ein Mandatsauftrag an die Stadt Baden sinnvoll ist. Die Stadt Baden verfügt über hohe Professionalität, langjährige Erfahrung und kann Qualitätsstandards garantieren. Es geht um eine Bündelung von Effizienz und Ressourcen, sowie um die Entlastung der Gemeindeverwaltung, da wir nicht Fachleute für Jugendarbeit sind. Zudem geht es um die Stärkung der Region, da die Jugendlichen gemeindeübergreifend unterwegs sind.

Die Aufgaben der Mandatsführung sind aufgeführt und umfassen unter anderem die Organisation um das Personalwesen, das Führen und Coachen, die Ressourcenplanung im Rahmen des Gemeindevertrags, die Qualitätssicherung und der Weiterentwicklung. Die Buchhaltung wird offiziell dort geführt. Weiterbildungen werden organisiert und je nach dem was passiert ist, wird eine entsprechende Berichterstattung erfolgen, sowie eine Auswertung der Statistiken. In den Unterlagen findet ihr zudem Beispiele der soziokulturellen Mandate der Stadt Baden für andere Gemeinden. Diese sind bereits in Ennetbaden, Turgi, Gebenstorf, Birmenstorf und Ehrendingen tätig. Untersiggenthal orientiert sich ebenfalls Richtung Baden.

Anschliessend ist der Kostenvergleich dargestellt. Die Ausgangslage basiert auf dem Gesamtaufwand gemäss Budget 2026. Bei Fragen würde ich gerne nochmals auf diese Darstellung zurückkommen. Es folgt die Rechnung des Kredits, bei der ich mit einer korrigierten Rechnung gearbeitet habe. Auch hier gehen wir vom Gesamtaufwand aus. Im ersten Halbjahr bleibt es so, dass Obersiggenthal die Jugendarbeit selbst weiterführt, während gleichzeitig das Konzept erarbeitet wird. Ab Mitte Jahr soll die Stadt Baden übernehmen. Entsprechend wurde der Gesamtaufwand halbiert und mit einigen Korrekturen versehen. Unter anderem sind die Miet- und Pachtliegenschaften von CHF 36'000 enthalten, was ein Überbleibsel aus dem Gemeindevertrag mit Untersiggenthal ist. Das Budget wurde erstellt, obwohl noch nicht vollständig klar ist, wie die Zukunft aussieht. Es handelt sich um ein Budget, das auf den Weiterbetrieb der Jugendarbeit ausgerichtet ist. Gewisse Positionen müssen daher nochmals überdacht werden, insbesondere Verbands- und Mitgliederbeiträge, die für das ganze Jahr fällig werden, sowie Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Diese CHF 13'000 muss Obersiggenthal weiterhin bezahlen, was zur vorliegenden Berechnung führt, die ihr bereits erhalten habt.

Noch kurz zum Gemeindevertrag: Die Eckpunkte beginnen mit der Zustimmung per 1. Januar 2026. Die Rechtskraft erfolgt zwar erst später, der Vertrag tritt jedoch rückwirkend in Kraft. Das erste Halbjahr dient der Konzepterarbeitung. Der operative Start der eigentlichen Jugendarbeit ist per 1. Juli 2026 vorgesehen. Der Vertrag ist mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren versehen und es sind 140 Stellenprozente für die Jugendarbeit vorgesehen. Die Büroräumlichkeiten, sowie die Infrastruktur, werden von der Stadt Baden zur Verfügung gestellt. Die Räumlichkeiten für die operative Jugendarbeit stellt Obersiggenthal zur Verfügung, aktuell das JUGS. Projektbudgets werden separat durch Obersiggenthal bewilligt. Die geschuldete Leistung ist im Vertrag auf Seite 3 aufgeführt. Man kann es als eine Art Buffet verstehen, aus dem die Leistungen ausgewählt werden. Auf dieser Basis wird das Konzept erarbeitet. Das Konzept ist nicht ein fixer Inhalt des Vertrags, was den Vorteil hat, dass es bei veränderten Bedürfnissen angepasst werden kann. Die Limite liegt bei 140 Stellenprozenten.

Tomas Nezel: Wir von der GLP-Fraktion erachten die vorgeschlagene Lösung für die Jugendarbeit als sinnvoll. Wir danken dem Gemeinderat für die seriöse, durchgeführte und umfangreiche Abklärung, für das klare Aufzeigen der Optionen mit Pro- und Kontra, sowie nicht zuletzt für die Durchführung des Informationsanlasses. Frau Oster von der Abteilung für soziokulturelle Mandate in Baden hat einen sehr professionellen Eindruck gemacht. Wir haben das Gefühl, dass unsere Jugend vom Team von Frau Oster gut betreut wird.

Im Vergleich zum früheren Modell ist die Lösung kostenneutral. Wir von der GLP-Fraktion werden dem Antrag zustimmen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch andere Organisationen erwähnen, welche ebenfalls Jugendarbeit leisten und ihnen danken. Dazu gehören

die Pfadi Nussbaumen sowie andere ähnliche Organisationen und auch die vielen Sportvereine in unserer Gemeinde.

Kristin Lamprecht: Die SP-Fraktion unterstützt den Neustart, so wie der Gemeinderat diesen aufgelegt hat. Die Kinder- und Jugendarbeit in Obersiggenthal mit dem Gemeindevertrag mit Baden und dem Kreditantrag. Ich hatte auch das Glück an der Veranstaltung am Montag vor einer Woche teilnehmen zu dürfen. Sehr beeindruckend ist, dass die Kinder- und Jugendanimation unsere Gemeinde künftig so kompetent unterstützen wird. Das ein Konzept erarbeitet wird. Das ein leistungsstarkes Team im Hintergrund vorhanden ist, welches Rekrutierung, Mitarbeiterschulung und Coaching professionell durchgeführt werden, sodass wir einen Neuanfang mit grossen Hoffnungen und Erwartungen machen können. Uns als Fraktion ist wichtig, dass die aktuell angestellten Mitarbeitenden die Möglichkeit erhalten, ihre Kompetenzen im Bereich Jugendarbeit zu zeigen und bei entsprechender Eignung übernommen werden. Ebenso ist uns wichtig, dass die Jugendarbeit hier vor Ort mit bestimmten Personen benannt und besetzt wird. Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit. Es ist gut zu wissen, dass es ein Team in Baden gibt, das für Obersiggenthal zuständig ist und dass wir nicht einfach ständig wechselnde Personen haben. All unsere Ansprüche werden in der Vorlage erfüllt. Die Fraktion ist sehr begeistert und dankt dem Gemeinderat für die Erarbeitung des vorliegenden Vertrags und all die Ideen, die darin eingeflossen sind. Dass das neue Konzept Geld kostet, das ist uns klar, aber das nehmen wir gerne in die Hand. Wir sehen eine Investition in die Jugend, in die Zukunft und in unsere Gesellschaft. Obersiggenthal wird attraktiver, wenn wir wieder eine lebendige und starke Jugendarbeit haben.

Christian Blum: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die sorgfältige Vorbereitung des vorliegenden Entscheids zu den beiden Anträgen. Die FDP-Fraktion bedankt sich auch bei der Stadt Baden für die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen. Die FDP-Fraktion hält es für wichtig, dass es in Obersiggenthal ein professionell durchgeführtes Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schule gibt. Das bestehende Angebot wird im Moment von Kindern und Jugendlichen nicht mehr ausgiebig genutzt, was darauf schliessen lässt, dass es ihren Bedürfnissen nicht genügt. Es ist daher zu begrüssen, dass in der ersten Jahreshälfte im Jahr 2026 ein neues Konzept mit Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ausgearbeitet wird. Dieses neue Konzept sollte regelmässig durch Umfragen überprüft werden, sodass sichergestellt ist, dass das Angebot aktuell bleibt und angenommen wird. Schade ist, dass hier die Zusammenarbeit mit Untersiggenthal wegfällt. Wir hoffen, dass dies keine Tendenz zum Ausdruck bringt.

Andreas Baumgartner: Zuerst möchte ich mich ganz herzlich beim Gemeinderat für die gelungene Informationsveranstaltung vom 24. November 2025 bedanken. Die Veranstaltung hat einen vertieften Einblick in das Projekt gegeben und es war wichtig, dass die Fragen direkt beantwortet und erklärt werden konnten.

Wir haben es sehr schade gefunden, dass nur sehr wenige Personen an der Veranstaltung teilgenommen haben. Wir haben diese als sehr gute Veranstaltung empfunden. Es ist schade, wenn ein solches Angebot gemacht wird und dann nur wenig genutzt wird.

Wir von der Mitte-Fraktion sind der Ansicht, dass der Gemeinderat alle nötigen Abklärungen sorgfältig vorgenommen hat. Die Abwägung von Vor- und Nachteilen der Varianten Alleingang und Gemeindevertrag mit der Stadt Baden ist für uns nachvollziehbar und plausibel. Die Vorteile einer Zusammenarbeit mit der Stadt Baden überwiegen für uns deutlich.

Die Gemeinde verfügt nicht über die nötigen Ressourcen und das Wissen für einen Alleingang. Auch für die Erstellung eines Konzepts wäre die Gemeinde auf externe Fachpersonen angewiesen. Zudem hängen beim Alleingang aus unserer Sicht sehr viele Aufgaben an sehr wenigen Personen und das Wissen, sowie Know-how gehen bei der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses sehr schnell wieder verloren. Wir unterstützen die Fokussierung im Konzept auf die primäre Zielgruppe der Mittel- und Oberstufenschülerinnen und -schüler. Dort kann die Jugendarbeit mit den bekanntlich begrenzten Mitteln, mit diesen 140 Stellenprozenten, welche

mehr oder weniger am unteren Limit liegen, sicher die grösste Wirkung entfalten. Die durchgeführte Umfrage hat auch klar gezeigt, dass Jugendleben nicht gleich Dorfleben ist. Gegen Ende des Oberstufenalters orientieren sich die Schülerinnen und Schüler sowie die Jugendlichen zunehmend Richtung Baden. Sehr wichtig erscheint uns zudem, wie bereits erwähnt wurde, dass die Jugendarbeitenden in und für Obersiggenthal mit den Jugendlichen eine Beziehung aufbauen können. Dass sie sichtbar und ansprechbar sind und dass sie die Jugendlichen auch an den verschiedenen Orten aufsuchen, die bereits genannt wurden. Dies ist jedoch nur mit Kontinuität möglich. Frau Oster hat an der Informationsveranstaltung klar ausgeführt, dass idealerweise immer die gleichen Personen, im Idealfall eine Frau und ein Mann, für Obersiggenthal zuständig sind und dass es nicht zu ständigen Wechseln kommt. Für uns ist ebenfalls klar, dass die Jugendarbeit nicht gratis zu haben ist. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieses Geld sinnvoll investiert wird. Deshalb unterstützt die Mitte-Fraktion den Antrag einstimmig.

Jacqueline Magni: Da ich dieses Jahr Einsicht in die Jugendkommission gehabt habe, konnte ich die Entwicklung zum vorliegenden Vertrag live mitverfolgen. Ausgangsbasis waren unter anderem die unterschiedlichen Nutzungen der vorhandenen Angebote durch die Jugendlichen von Unter- und Obersiggenthal, aber auch die Pensionierung von Wimi Wittwer und die damit verbundene personelle Situation. Mit der Auslagerung der Begleitung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen, aber auch jungen Erwachsenen, an die Stadt Baden, erhält die Jugendarbeit eine Erweiterung an Kompetenzen, Ressourcen und Möglichkeiten. Durch die Erarbeitung eines flexiblen, an die jeweiligen Bedürfnisse angepassten Konzepts, erhält Obersiggenthal den nötigen Rahmen. Wir als EVP-Fraktion sind überzeugt, dass dies in der jetzigen Situation die bestmögliche Ausgestaltung der Jugendarbeit ist.

Die Vorsorge, die Beziehungsarbeit als Prävention zu sehen, die bereits vor der eigentlichen Pubertät beginnt, ist unseres Erachtens eine der wertvollsten Massnahmen zur Minderung der ganz normalen Krisen auf dem Weg ins Erwachsenenalter. Wir würden es begrüssen, wenn die Schulsozialarbeit und die Jugendarbeit Hand in Hand gehen und sich gegenseitig in ihrem Auftrag unterstützen und ergänzen. Wir sind überzeugt, dass das eingesetzte Geld eine sinnvolle und nötige Investition ist. Auch wenn der neue Gemeindevertrag mehr kostet, als ursprünglich im Budget geplant war, steht die EVP-Fraktion geschlossen hinter diesem Antrag.

Andreas Baumgartner: Es ist mir ein Anliegen, dass ich auch noch gerne etwas zur aktuellen Leitung der Jugendarbeit sage. In den vergangenen Jahren habe ich ein paar Berührungspunkte mit Urs Kuster gehabt. Seine Mitarbeit und sein Engagement habe ich dabei sehr geschätzt. Beim vergangenen Jugendfest oder bei anderen Anlässen, welche stattgefunden haben, zum Beispiel beim Herbstfest, ist er immer eine sehr grosse und zuverlässige Stütze gewesen. Danke vielmals. Ich hoffe, dass ein allfälliger Schritt von Urs Kuster ins Team der sozialkulturellen Mandate der Stadt Baden auf einem möglichst unbürokratischen Weg ermöglicht werden könnte. Ich persönlich würde es sehr schön finden, wenn Urs Kuster mit seinem Fachwissen, mit seiner grossen Berufserfahrung und seinem Netzwerk, welches er aufgebaut hat, uns in Obersiggenthal erhalten bleiben würde.

Roger Rüede: Andreas Baumgartner hat mir gerade das Wort von meiner Rede genommen, das ist an und für sich gut so. Auch von meiner Seite her ein herzliches Dankeschön an die Jugendarbeit, welche heute schon einen tollen Job leisten. Ich habe das immer wieder gehört und ich habe es auch an der Sichte erlebt, was diese Leute für einen tollen Job machen. Vielleicht noch etwas Richtung Baden. Mir wäre es wichtig, dass man das, was wir jetzt hier schon haben, einfließt und mitnimmt. Es wäre mir wichtig, dass sich Urs Kuster möglichst finden könnte in dieser Konstellation, denn er hat die Beziehungsarbeit heute schon gemacht. Ebenfalls das, was im JUGS schon läuft, dass wir diese Sachen erhalten. Das wäre mir ein Anliegen.

Carol Demarmels: Etwas was in der Vorlage steht und mir beim ersten Lesen nicht richtig bewusst geworden ist, ist der Umstand, dass das JUGS vorerst als Räumlichkeit eingegliedert

bleibt. Uns ist es ein Anliegen, dass das JUGS erhalten bleibt. Wir haben in der Statistik gesehen, dass das JUGS derzeit nicht sehr stark besucht wird. Dennoch sind wir der Meinung, dass man die Jugendlichen dazu bringen sollte, dass es ein besuchenswerter Ort wird. Gleichzeitig ist es wichtig, sich dort zu fokussieren, wo sich die Jugendlichen aktuell aufhalten, beispielsweise beim Schulhaus Unterboden. Wenn man sich ausschliesslich auf Orte konzentriert, die nur von relativ wenigen Jugendlichen genutzt werden, erreicht man entsprechend auch nur eine kleine Zielgruppe. Für uns ist wichtig, dass das JUGS erhalten bleibt und weitergeführt wird und nicht einfach aufs Abstellgleis kommt.

Daniel Gadiant: Ich unterstütze den Gemeinderat vollumfänglich. Ich habe lange in der Nähe des JUGS gewohnt. Wenn das JUGS nicht mehr gebraucht wird, sehe ich den Sinn und Zweck nicht, dort weiterhin Geld zu investieren. Das Dach ist, soweit ich weiss, immer noch nicht gemacht worden, es wurde immer wieder zurückgestellt. Wir investieren Geld, obwohl es nicht genutzt wird. Wenn die Kinder draussen spielen, stellt sich die Frage, weshalb man sie nach drinnen holen sollte. Wenn das JUGS nicht gebraucht wird, unterstütze ich den Gemeinderat in dieser Haltung.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich habe mich ein wenig missverständlich ausgedrückt. Der Punkt ist, man will weiterhin einen Treffpunkt anbieten. Es ist vor allem auch im Winter sehr wichtig, dass es einen geschützten Raum gibt. Man soll sich jedoch nicht nur auf das JUGS beschränken, sondern wenn man feststellt, dass viele beim Schulhaus Unterboden sind, dass man sich auch zum Unterboden bewegt. Oder wenn sich die Jugendlichen beim Bachmatt aufhalten, dass man auch dorthin geht. Das JUGS als Ort ist im Moment nicht bestritten. Es bleibt ein Ort der Jugendarbeit.

Peter Marten, Vizeammann: Ich habe noch eine Ergänzung aus Sicht der Liegenschaften, damit das gesagt ist. Das JUGS ist für uns im Moment wie es jetzt ist, ein Problemfall. Man muss Geld in die Hand nehmen, man muss viel Geld in die Hand nehmen. Deshalb haben wir von den Liegenschaften aus im Gemeinderat noch weitere Abklärungen getroffen, andere Standorte. Das ist nicht einfach. Das JUGS ist nicht gestorben, aber das JUGS als Gebäude ist anspruchsvoll, wenn man es weiter unterhält und wir nicht berücksichtigen, was man damit macht. Vielleicht ist es der Standort, aber vielleicht eine andere Gebäudeform. Da gibt es schon noch Knackpunkte zu lösen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Mara Jenni, Präsidentin: Es gibt zwei Teilanträge, die quasi in einem enthalten sind. Hat jemand etwas dagegen einzuwenden, dass wir gemeinsam darüber abstimmen? Bitte meldet euch direkt, falls es einen Einwand gibt, dann würden wir es einzeln behandeln. Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung

Antrag:

- 1. Dem Gemeindevertrag mit der Stadt Baden (operative Umsetzung der Kinder- und Jugendanimation in der Gemeinde Obersiggenthal durch die Stadt Baden) wird zugestimmt.**
- 2. Dem Kredit von CHF 34'000 für das Jahr 2026 für die Jugendarbeit wird genehmigt.**

Die Anträge wurden mit 38 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

6 2025/03 Postulat "Sicher in die Schule"

Eintreten nicht bestritten

Mara Jenni, Präsidentin: Issa Dominique musste nach Hause gehen. Das heisst, wir sind bei 38 vereidigten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr liegt immer noch bei 20.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Bevor ich starte, möchte ich euch gerne auf den neusten Stand bringen. Ich habe es bereits in der Fraktionspräsidien-Sitzung gesagt. Mittlerweile liegt auch die Antwort des Kantonalen Departements für Bau, Verkehr und Umwelt auf unsere Anfrage zur Finanzierung des Lotsendienstes vor. Der Kanton teilte mit, dass er vor der Sanierung der Hertensteinstrasse umfangreiche Untersuchungen zur Verkehrssicherheit vorgenommen hatte. Basierend auf diesen Untersuchungen hat der Kanton die Strasse, entsprechend den Sicherheitsnormen, gebaut.

Der Kanton anerkennt jedoch, dass die Bedürfnisse der Schulwegsicherheit über die allgemeinen Verkehrssicherheitsnormen hinausgehen können. Die Gemeinde ist für die Schulwegsicherheit zuständig. Da es sich beim Lotsendienst nicht um eine bauliche Massnahme handelt, kann sich der Kanton nicht daran beteiligen. Anzumerken an dieser Stelle ist, dass sich die Gemeinde mehrfach beim Kanton dafür eingesetzt hat, dass auf bestimmten Abschnitten eine Tempo 30 eingeführt werden soll oder auch Fussgängerampeln. Dies war die Rückmeldung des Kantons.

Es gab eine Petition beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt. Zu den Petitionären gehören unter anderem auch die beiden Personen, welche das Postulat eingereicht haben. Im Laufe der nächsten Monate soll nun eine zusätzliche Sicherheitsprüfung stattfinden. Daran beteiligt sind neben der Gemeinde auch weitere Personen, welche involviert sind. Die Kosten dieser Überprüfung werden vom Kanton und von der Gemeinde gemäss Dekret getragen, wobei sich die Gemeinde mit 35 % beteiligt.

Nach der Publikation der Vorlage hat sich die Elternmitwirkung an die Gemeinde gewendet, da in der Vorlage von einer geringen Resonanz die Rede gewesen ist. In den Gesprächen hat sich ergeben, dass ein Missgeschick passiert ist. Die Anfrage der Gemeinde ist im Spamordner des Postfachs der Elternmitwirkung gelandet. Dadurch war dem Vorstand bei der Durchführung der Versammlung nicht bewusst, dass die Gemeinde den Kontakt in dieser Angelegenheit gesucht hatte. Die Elternmitwirkung betont jedoch, dass sie die Einführung des Lotsendienstes unterstützt und auch bei der Rekrutierung von Freiwilligen helfen will.

Die Untersuchungen, betreffend dem Lotsendienst, haben einige Zeit in Anspruch genommen. In der Verkehrskommission wurden die Fussgängerstreifen über die Landstrasse und der Hertensteinstrasse geprüft. Ebenfalls wurden die bestehenden Unterführungen miteinbezogen. Als mögliche Standorte hat die Verkehrskommission die Fussgängerstreifen an der Hertensteinstrasse, auf der Höhe des Kirchwegs, sowie auf der Höhe des Waldeggweg bezeichnet. Zudem wurde die Prüfung eines Lotsendienstes beim Landschreiberkreisel angeregt.

Wir haben mit der Schulleitung Kontakt aufgenommen und sie haben sich dieser Einschätzung angeschlossen. Der Gemeinderat hat an einer Sitzung die drei Vorschläge geprüft und ist zum Schluss gekommen, beim Landschreiberkreisel von einem Lotsendienst abzusehen, da dort eine Unterführung bei der Coop-Tankstelle vorhanden ist. An dieser Stelle war früher bereits einmal ein Lotsendienst gewesen.

Bei der Sanierung und dem Neubau der Landstrasse wurde eine Unterführung erstellt. Wir waren der Meinung, dass für Schülerinnen und Schüler aus dem westlichen Teil, südlich der Landstrasse, in Nussbaumen der Weg über beziehungsweise unter die Unterführung zumutbar ist. Es ist nicht der kürzeste Schulweg der Beste, sondern der Sicherste.

Im Anschluss haben wir mit den Schulstufenleiterinnen und Schulstufenleitern der Unterstufe und des Kindergartens, mit den Leiterinnen der Schuladministration, sowie mit dem Leiter Tiefbau, Carlo Schüpbach, Gespräche geführt. Die Schulleiterinnen haben die Auffassung des Gemeinderates unterstützt. Gemeinsam haben wir die richtigen Einsatzzeiten für den Lotsendienst abgeschätzt und auch den Koordinationsaufwand für die Organisation mit der Schuladministration beurteilt.

Dem Gemeinderat war es wichtig, mit einem konkreten Vorschlag und einem entsprechenden Kredit in den Einwohnerrat zu kommen, damit der Lotsendienst aufgelegt werden kann. Die Praxis wird zeigen, ob die vorgesehenen Einsatzzeiten korrekt sind oder ob Anpassungen notwendig werden. Diese können je nach Schuljahr und Stundenplan variieren. Die letzten Abklärungen der Schulverwaltung haben ergeben, dass die zweite Schicht, also die Schulzeiten von 14:20 Uhr bis 16:05 Uhr am Dienstag- und Freitagnachmittag, für Unterstufenschulkindern nicht nötig ist, da sie zu diesen Zeiten keinen Unterricht haben. Dieser Dienst entfällt daher bis zu den Sommerferien. Wie es nach den Sommerferien aussieht, wird sich erst zeigen, wenn der neue Stundenplan vorliegt. Wie bereits erwähnt, kann sich die Situation im nächsten Schuljahr oder durch Wohnortwechsel der Kindern wieder ändern und muss neu überprüft werden.

Andreas Baumgartner: Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die vorliegende Antwort und die entsprechenden Anträge zum Postulat, welches im Dezember 2024 eingereicht wurde. Wir bedanken uns insbesondere auch für die aufwendigen Abklärungen welche vorgenommen wurden.

Wir möchten das Postulat in einen grösseren Zusammenhang einbetten. Das Postulat wurde im Dezember 2024 eingereicht und im März 2025 vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen. Fast alle Parteien haben es unterstützt. Gleichzeitig ist, wie Bettina Lutz Güttler vorhin gesagt hat, eine Petition lanciert worden, welche eine Verbesserung der Schulwege und der Verkehrssicherheit auf dem unteren Teil der Hertensteinstrasse von der Abzweigung Nuechtalstrasse bis zur Einmündung in die Landstrasse gefordert hat. Diese Petition wurde an das Departement Bau, Verkehr und Umwelt, an Stephan Attiger, gerichtet. Insgesamt haben 1'500 Personen die Petition unterschrieben, darunter auch fast alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die heute hier anwesend sind. Die Unterschriften wurden Herrn Attiger persönlich in Aarau überreicht.

Nun zurück zum Postulat und zur Antwort des Gemeinderates. Im Postulat wurden drei Forderungen gestellt: Erstens die Identifikation der kritischen Übergänge, zweitens die Prüfung eines Lotsendienstes an diesen Übergängen und drittens die Abklärung einer Kostenbeteiligung durch den Kanton. Die Verkehrskommission ist zum Schluss gekommen, dass insbesondere zwei Übergänge an der Hertensteinstrasse, sowie der Kreisel bei der Landstrasse, besonders exponiert sind. Diese Einschätzung bekräftigt unser Anliegen. Wir begrüssen deshalb die zeitnahe Umsetzung eines Lotsendienstes als Sofortmassnahme, um diese Übergänge zu entschärfen. Dass dies Kosten von rund CHF 42'000 verursacht, ist zwar nicht erfreulich, aber dennoch sinnvoll investiertes Geld, da es der Schulwegsicherheit der verletzlichsten Verkehrsteilnehmenden zugutekommt. Besonders betroffen sind die jüngsten Kinder im Zyklus 1, Kindergarten sowie der ersten und zweiten Primarklasse. Was hingegen sehr schön ist, ist die kategorische Ablehnung des Kantons, sich an den Kosten zu beteiligen, mit der Begründung, dass es sich nicht um bauliche Massnahmen handelt. Dass der Übergang beim Kreisel nicht berücksichtigt wurde, ist zwar schade, der Begründung kann jedoch gefolgt werden. Es bestehen sichere Querungen der Landstrasse über die vorhandenen Unterführungen, auch wenn diese mit einem Umweg verbunden sind. Wir sind jedoch der Ansicht, dass dieser Umweg zumutbar ist.

Der Lotsendienst stellt aus unserer Sicht eine temporäre Massnahme dar, welche rasch umgesetzt werden kann. Diese Massnahme sollte jedoch möglichst bald durch weitere Massnahmen ergänzt oder ersetzt werden, zu denen der Kanton ja sagen muss. Dazu gehört aus unserer Sicht beispielsweise Tempo 30 auf dem unteren Teil der Hertensteinstrasse. Es ist nicht

nachvollziehbar, weshalb eine solch einfache und kostengünstige Massnahme mit grosser Wirkung nicht umgesetzt werden kann, zumal die Strasse direkt am Schulhaus vorbeiführt. Dies ist auch im Hinblick auf die geplante Überbauung im Schild Ost relevant. Die geplanten Wohnungen, welche dort gebaut werden, der zusätzliche Verkehr wird die Situation im Bereich Schulhaus Bachmatt weiter verschärfen und die Bachmatt-Kreuzung stärker belasten.

Der Druck auf den Kanton muss weiterhin aufrechterhalten und verstärkt werden. Die Gemeinde ist bereits aktiv gewesen, darf aber nicht nachlassen. Auch alle weiteren Beteiligten müssen dranbleiben. Gemeindeintern bedauern wir, dass der Elternrat nicht stärker in die Ausgestaltung der Vorlage einbezogen worden ist. Das Missverständnis, das zu falschen Aussagen bezüglich der Resonanz geführt hat, wurde zwar inzwischen erklärt und gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnerräten richtiggestellt, in den Medienmitteilungen jedoch nicht mehr korrigiert. Zusammenfassend freuen wir uns, dass eine Lösung möglich ist und hoffen, dass die Anträge vom Einwohnerrat angenommen und umgesetzt werden. Wir müssen weiterhin am Ball bleiben und den Kanton von unserem Standpunkt überzeugen. Die nächste Gelegenheit wird die angekündigte Begehung im Bachmatt-Areal sein. An dieser werden neben Vertretungen des Kantons auch weitere Beteiligte teilnehmen. Wir dürfen nicht lockerlassen.

Carol Demarmels: Für einen sicheren Schulweg zu sorgen, ist Aufgabe der Gemeinde und des Kantons und nicht die Aufgabe der Eltern. Die Aufgabe der Eltern ist es, mit den Kindern den Schulweg zu üben und das Einhalten der Verkehrsregeln durch die Kinder sicherzustellen. Die Gegebenheiten, dass die Kinder mit etwas Übung den Schulweg sicher und eigenständig bestreiten können, scheinen an den diskutierten Stellen nicht gegeben zu sein. Deshalb ist Handeln gefordert. Wir werden den Anträgen 1 und 2 deshalb grossmehrheitlich zustimmen, allerdings nicht bedingungslos. Grundsätzlich widerstrebt uns der Gedanke, Strassen mit Menschen zu sichern. Das haben wir bereits bei der Überweisung des Vorstosses zu bedenken gegeben. Das Ziel muss sein, die Strassen ohne Lotsendienst sicher zu gestalten. Das unterstützt die Kinder in ihrer Selbstständigkeit und Selbstwirksamkeit.

Die vorliegende Lösung ist aus unserer Sicht keine dauerhafte Lösung. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag 3, der Abschreibung des Postulats, nicht zustimmen. Unserer Ansicht nach soll das Postulat aufrechterhalten werden. Das Anliegen des Postulats, ein sicherer Schulweg, soll weiterverfolgt und weitere Massnahmen geprüft werden. In diesem Sinne appellieren wir an die anderen Fraktionen, es uns gleichzutun und das Postulat nicht abzuschreiben.

Inhaltlich haben wir noch zwei Bemerkungen: Innerhalb der Vorlage werden zwei Varianten geprüft: Ein Lotsendienst durch Externe und ein Lotsendienst durch entschädigte Freiwillige. Wie der Gemeinderat, sehen auch wir die Variante mit entschädigten Freiwilligen und Koordination durch die Schulverwaltung als die sinnvollste. Dabei scheint es jedoch gewisse Kommunikationspannen mit der Elternmitwirkung gegeben zu haben. Wir bitten nochmals Kontakt aufzunehmen, um Ressourcen zu bündeln.

Auch die Kostenübernahme durch den Kanton wurde angesprochen. Hier wünschen wir uns, dass der Gemeinderat dranbleibt, insbesondere wenn es um bauliche Massnahmen geht und sich von der kürzlichen Abfuhr nicht abschrecken lässt.

Micha Jetzer: Das Anliegen, unsere Kinder und auch den Schulweg bestmöglich zu schützen, ist auch für uns ein zentrales Anliegen. Jeder Unfall ist einer zu viel, das steht für uns ausser Frage. Das Postulat ist nach einem tragischen Unfall an der Hertensteinstrasse entstanden. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass bei diesem Unfall keine Kinder oder Angehörige der Schule Bachmatt betroffen waren. Dennoch nehmen wir die Sorgen der Eltern und der Bevölkerung sehr ernst. Ich möchte an dieser Stelle auch meine persönliche Perspektive einbringen. Ich habe zwei Kinder, die jeden Tag mehrmals den Fussgängerstreifen beim Waldegweg queren. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie sich die Situation vor Ort anfühlt und wie wichtig dort die Sicherheit ist. Trotzdem sind wir der Meinung, dass ein dauerhafter Lotsendienst nicht die richtige Lösung ist.

Die Verantwortung für die Sicherheit der Kinder liegt in erster Linie bei uns Eltern. Es ist unsere Aufgabe, unseren Kindern beizubringen, wie man eine Strasse sicher überquert, worauf sie achten müssen und wie sie sich im Verkehr verhalten. Politische Massnahmen können unterstützen, ersetzen aber nicht die tägliche Erziehungsarbeit im Elternhaus.

Ein dauerhafter Lotsendienst kann dazu führen, dass Kinder sich zu sehr auf fremde Hilfe verlassen und nicht lernen, eigenständig und verantwortungsbewusst am Verkehr teilzunehmen. Unser Ziel muss es sein, die Kinder zu stärken und ihnen Selbstständigkeit zu vermitteln. Es ist nicht das Ziel, sie dauerhaft von Hilfspersonen abhängig zu machen.

Ein solcher Dienst sendet das Signal, dass die Gemeinde für alle Risiken verantwortlich ist. Das schwächt die Eigenverantwortung von Eltern und Kindern und fördert eine Abhängigkeit von staatlichen Lösungen.

Die Organisation eines Lotsendienstes ist aufwendig. Es braucht Koordination, Vertretungen bei Ausfällen, Schulungen und Bewilligungen. Das sind Ressourcen, die wir gezielter in die Verkehrsbildung und die Elternarbeit investieren könnten.

Wir haben in Obersiggenthal bereits in sichere Infrastrukturen investiert. Mittelinseln, Fussgängerunterführungen und sichere Querungen. Diese baulichen Massnahmen bieten einen nachhaltigen Schutz, wenn sie konsequent genutzt werden und wir Eltern dies auch vorleben.

Zusammenfassend setzt sich die SVP-Fraktion für sichere Schulwege ein. Wir setzen jedoch auf Eigenverantwortung, Verkehrsbildung und die Nutzung der bestehenden Infrastruktur. Ein dauerhafter Lotsendienst ist aus pädagogischen, organisatorischen und grundsätzlichen Überlegungen nicht die richtige Lösung. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion mehrheitlich gegen die Anträge.

Andreas Leupin: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Ausarbeitung der Vorlage zum Postulat "Sicher in die Schule". Wir erachten die vorgeschlagenen Punkte 1 und 2 des Antrags als sinnvolle und kurzfristige Lösung zur Verbesserung der Schulweg-Sicherheit für Kindergarten- und Primarschulkinder im Bereich der Querung der Hertensteinstrasse. Allerdings ist für die FDP-Fraktion, wie schon mehrfach gesagt worden ist, der Lotsendienst nur ein wichtiger Zwischenschritt für eine nachhaltigere Lösung. Dafür wären längerfristig auch bauliche Massnahmen, wie zum Beispiel die temporäre Signalisation von Tempo 30 im Querbereich, oder wie an anderen Orten üblich, die Installation der Beschilderung "Vorsicht Schulweg" mit blinkendem Licht erforderlich. Beides während der Zeiten, in denen Kinder auf dem Schulweg sind.

Es ist umso wichtiger, weil der Regierungsrat sich zu unserem Bedauern mit der Begründung aus seiner Pflicht zu stehlen versucht, dass für die Schulweg-Sicherheit einzig die Gemeinden zuständig sind und nur die Finanzierung von baulichen Massnahmen infrage kommt. Nicht aber die Finanzierung des Lotsendienstes. Es gilt nun, den Kanton beim Wort zu nehmen und diesen aufzufordern, die dringend notwendigen baulichen Massnahmen in die Wege zu leiten und mitzufinanzieren.

Wie die SP-Fraktion hat sich auch die FDP-Fraktion überlegt, ob sie Punkt 1 und 2 annehmen und die Abschreibung ablehnen will. Wir haben analysiert was im Wortlaut des ursprünglichen Postulats gestanden ist, und sind zum Schluss gekommen, dass der Gemeinderat das Postulat vollumfänglich erfüllt hat.

Die FDP-Fraktion hat sich ohne Begeisterung entschlossen, dem gesamten Antrag des Gemeinderates zur Erfüllung des Postulats nach dem Motto "Lieber der Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach" zum jetzigen Zeitpunkt zuzustimmen. Anschliessend in Zusammenarbeit mit anderen Parteien Wege zu suchen, um nachhaltige bauliche Massnahmen für die Sicher-

heit des Schulwegs, unter Beteiligung des Kantons, zu finden. Sie bittet den Gemeinderat jedoch, die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg auch nach einer allfälligen Abschreibung des Postulats im Auge zu behalten und bauliche Massnahmen weiterhin nach Möglichkeit zu unterstützen.

Volkmar Hauelsen: Das Thema bewegt, es geht um Sicherheit und um Geld. Das führt zur Diskussion und war auch in unserer Fraktion unbestritten, dass wir bei den beiden Orten, an den richtigen Orten sind, wo man ein Augenmerk darauflegen muss. Es gibt auch andere, je nach persönlichen Befindlichkeiten kann man auch noch Mehrdeutigkeiten sehen, wo Sicherheit gefährdet sein könnte, aber wir folgen der Argumentation des Gemeinderats, dass man zum Beispiel für den Ort hier am Landschreiberkreisel auch wirklich eine Lösung hat, die zumutbar ist. Dieser Teil war unbestritten. Dass diese beiden ausgewählten Orte ein Gefährdungspotenzial haben, ist ebenfalls unbestritten.

Ich kenne die Kreuzung beim Kirchweg sehr gut. Wenn man von Ost nach West quert und der Verkehr von Süden kommt, dann hilft auch viel Eigenverantwortung nicht unbedingt. Die Zeit, je nach Geschwindigkeit, bis man ein Fahrzeug wirklich sieht und es dann schon da ist, ist sehr knapp. Dass man da Massnahmen macht, ist deshalb berechtigt.

Überrascht waren wir von den Kosten. Diese sind gut nachvollziehbar, aber im ersten Moment sind wir erschrocken. Bei Schülerlotsen, so denkt man, sei einfach zu machen. Es braucht aber Investitionen, Durchführungen und letztlich auch eine verantwortungsvolle und verlässliche Organisation. So entstehen Administrativkosten, das ist nachvollziehbar. Dennoch war die Überlegung ob es Alternativen gibt. Ja, es gibt Alternativen, allerdings nicht direkt greifbar. Schön wäre es, wenn Eltern die Zeit finden, ihre Kinder zur Schule zu bringen, diese Zeit investieren würden, um mit ihren Kindern Verkehrssicherheit einzuüben.

Tempo 30 kostet fast nichts. Niemand hat Nachteile bei Tempo 30. Tempo 30 würde manche teure Verkehrsmassnahme obsolet machen, auch an dieser Stelle. Vielleicht kommt es noch und dann muss man die Schülerlotsenlösung überdenken. Leider ist die Gesamtwelle von gewissen Seiten ein bisschen auf Bundesebene gegen Tempo 30 gerichtet. Dabei wäre das in Gemeinden eine sehr greifbare Massnahme, um viel Geld zu sparen. Insgesamt sehen wir die Notwendigkeit, etwas zu machen und werden mehrheitlich den Anträgen zustimmen.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion wiederholt sich nicht noch einmal. Es ist bereits sehr viel gesagt worden. Auch uns ist dieses Anliegen wichtig und wir begrüssen deshalb die Einführung. Uns ist wichtig, dass der Lotsendienst nach einem Jahr überprüft wird. Wir fordern, dass eine umfassende Auswertung erfolgt, mit folgenden Fragen: Hat der Lotsendienst messbar zur Sicherheit beigetragen? Ist der Bedarf tatsächlich konstant vorhanden? Gibt es Alternativen oder ergänzende Massnahmen? Wie stabil ist der freiwillige Einsatz? Aufgrund dieser Evaluation können wir verantwortungsvoll entscheiden, ob der Lotsendienst verstetigt, angepasst oder durch andere Massnahmen ersetzt werden soll. Für die EVP-Fraktion ist klar: Der Schutz der Kinder ist wichtig, aber mit Augenmass und regelmässiger Überprüfung.

Anand Keshava: Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung dieser Antwort, die sehr umfangreich ist und aus unserer Sicht auch gut gelungen. Ihr habt es vorher gehört, das Einzige, was wir aktuell machen können, ist dieser Lotsendienst. Es gibt kein Tempo 30, aber trotzdem ist es uns wichtig, dass der Druck auf den Kanton entsprechend aufrechterhalten wird. Es stimmt zwar, das Postulat ist so erfüllt. Wenn man den Text durchliest, ist es erfüllt. Trotzdem werden wir Punkt 3 teilweise nicht zustimmen, einfach damit das Postulat weiterhin bestehen bleibt und der Druck da ist, auch die anderen Massnahmen umzusetzen. Wir finden wie die SP-Fraktion, man soll nicht Menschen einsetzen.

Carol Demarmels: Wir sind genau die gleichen Schritte durchgegangen. Wir haben uns das überlegt und in diesen Punkten steht halt der Querungsdienst. Wenn ich dem richtig nachgegangen bin, gibt es den Begriff Querungsdienst eigentlich so gar nicht, er ist nicht klar defi-

niert. Es stellt sich deshalb die Frage, ob zum Beispiel ein Lotsendienst durch eine Querungsanlage, diesen Begriff gibt es, ebenfalls als Querungsdienst gilt oder nicht. Das war für uns dann auch ein wenig der Punkt, weshalb wir gesagt haben, man muss nicht zwingend sagen, dass das Postulat erfüllt ist. Für uns ist klar: Wenn es jetzt abgeschrieben wird, sind wir dabei. Ihr habt ja gesagt, ihr sucht die Nähe zu anderen Parteien. Ich glaube, da gibt es in diesem Rat bestimmt viele, die bei einer weiteren Einreichung dabei wären.

Esther Reimann: Ich habe noch eine Anmerkung zur Rekrutierung. Ich habe das Stichwort Sozialhilfeempfänger als gute Sache empfunden. Was ich sehe, ist das auch im OpenSunday Jugendliche engagiert sind. Es gibt 14 Jugendliche und eine Warteliste. Sie machen das sehr engagiert und gut. Es ist nicht mehr so, dass alle Jugendlichen und Kinder am Mittwochnachmittag frei haben. Es gibt Kinder oder Jugendliche in der Oberstufe, die am Dienstag oder an anderen Tagen frei haben. Ich würde die Idee gut finden, dass man gezielt auf die Oberstufe zugeht und abklärt ob es dort Jugendliche gibt, die am Mittwochnachmittag frei haben und bereit wären, sich zu engagieren. Insofern möchte ich diese Idee einbringen. Ich denke, das ist eine grosse Chance, wenn Jugendliche sehen, dass sie gehört werden, Verantwortung übernehmen können und an solchen Diensten teilnehmen dürfen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Zum Antrag der SP-Fraktion, dass das Postulat weiter bestehen bleiben soll. Im Grundsatz verstehen wir dieses Anliegen und unterstützen es. Der entscheidende Punkt ist jedoch, Andreas Leupin hat es bereits erwähnt. Wir haben einen Auftrag von den Postulanten erhalten. Ja, der Begriff Querungsdienst ist nicht klar definiert, aber es war eigentlich deutlich, worauf das Postulat abzielte. Mein Problem ist nicht, das Postulat weiterhin pendent zu halten, sondern die Frage, bis wann. Ein Postulat ist ein Auftrag an den Gemeinderat und an die Verwaltung, sich mit einer Fragestellung auseinanderzusetzen und eine Antwort zu geben.

Nun habe ich mir notiert, dass weitere Massnahmen geprüft werden sollen. Das ist für mich jedoch sehr unbestimmt, da nicht klar ist, was konkret geprüft werden soll. Grundsätzlich sollte ein Postulat innerhalb einer bestimmten Frist beantwortet werden. Wenn man es pendent hält, kann es theoretisch sehr lange pendent bleiben, da immer wieder neue mögliche Massnahmen gefunden werden können. Das ist aus unserer Sicht schwierig. Das einfach als Überlegung.

Carol Demarmels: Aus meiner Sicht ist die Aufklärung nun klar gewesen und auch aus den Voten ist sehr ersichtlich geworden, dass eine Sicherung dieser Strassen durch Menschen keine längerfristige Lösung ist. Es müssen so lange Massnahmen gesucht werden, bis bauliche Massnahmen gefunden werden, die die gleiche Sicherheit bieten.

David Wick: Ich habe es fast geschafft, nichts zu sagen. Auf den letzten Metern hat es mich doch noch geplagt. Ich will nur kurz auf das Votum der SVP-Fraktion eingehen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass man etwas machen muss, weil es einen Grenzwert der Zumutbarkeit gibt, der punktuell kritisch ist. Die Frage ist, wie man es macht, mit dem Lotsendienst oder mit baulichen Massnahmen durch den Kanton. Wie ich herausgehört habe, ist es klar, dass wir bei den meisten bei den baulichen Massnahmen ansetzen wollen. Ich muss sagen, das ist eine kritische Frage. Auch noch einmal herzlichen Dank von meiner Seite.

Wie erreichen wir das? Ich würde jetzt ausnahmsweise einmal auf die Vernunft plädieren und sagen, lasst uns dem dritten Punkt auch zustimmen, wenn das Postulat tatsächlich erfüllt ist. Der Gemeinderat hat die Abklärungen getroffen. Man kann vielleicht noch über den Nachdruck diskutieren. Ich würde es sinnvoller finden, wenn wir gemeinsam ein neues Postulat einreichen, in dem man gezielt auf die Vorstösse eingeht, dass der Kanton das übernehmen soll, mit spezifischen Forderungen, die das Einschliessen. Dann sind wir gut unterwegs. So schwer kann es nicht sein, aber ich glaube, mit diesem Vorgehen wäre das sinnvoll und konstruktiv.

Roger Rüede: Danke, David Wick, für das Votum. Ich möchte noch etwas ergänzen. Macht das aber bitte nicht nur mit Papieren und Unterschriften, sondern seien wir auch präsent. Wenn der Kanton da ist, wenn er präsent ist, wenn wir eine Begehung machen, dann sind wir doch als Einwohnerrat dort und sagen dem Kanton, dass wir alle das Gleiche wollen und dass wir diese Sicherheit brauchen. Das möchte ich hier noch anbringen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag 1: Der Kredit von CHF 40'865 für die Einrichtung eines Lotsendienstes wird genehmigt.

Der Antrag wurde mit 30 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2: Der Stellenplan für die Schulverwaltung wird ab dem 1. April 2026 um 5 Stellenprozente erhöht.

Der Antrag wurde mit 29 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3: Der Bericht zum Postulat wird genehmigt und dieses als Erledigung der Kontrolle abgeschrieben.

Der Antrag wurde mit 30 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

7 2025/10 Motion Lukas Füglistner betreffend Aufhebung Parkplatz in der Schulanlage Unterboden

Eintreten nicht bestritten

Peter Huber, Gemeinderat: Ihr habt den Bericht und den Antrag zur Motion von Lukas Füglistner aus der SVP-Fraktion vom 30. Mai 2024 erhalten. Nach fundierter Prüfung, Begehungen und Gesprächen mit den Betroffenen, haben wir entschieden, dass der Parkplatz aufgehoben wird. Dieser Platz wird der Jugend und den Kindern zur Verfügung gestellt, damit sie dort ihren Spielplatz und Spielwiese haben. Dieser Platz ist sehr speziell. Er ist teilweise überdacht und bietet damit in der Gemeinde eine sehr gute Möglichkeit für die Jugend. Aus diesem Grund wird der Gemeinderat dieser Motion zustimmen und wir möchten darauf pochen, dass dieser Antrag angenommen wird.

Lukas Füglistner: Es schliesst sich für mich ein Kreis. Einerseits hat die SVP-Fraktion das Parkierungsreglement und das Parkraumkonzept eingereicht. Aus welchen Gründen auch immer sind wir bei der Ausarbeitung möglicherweise zu wenig kritisch gewesen. Insbesondere im Hinblick, dass es dort einen Parkplatz gibt. Im Grundsatz habe ich nochmals recherchiert. Die Sternchen waren ursprünglich auf der falschen Seite des Unterbodens eingezeichnet, nicht auf der Seite der Kirche, sondern auf der Seite des Markthofs. Ich bin der Meinung und ich höre es auch aus dem Rat, dass viele Stimmen diesen Schritt gut finden, dass der Parkplatz aufgehoben wird. Ich danke dem Gemeinderat einerseits für die Begehung und andererseits für die geleistete Arbeit, sowie die getroffenen Abklärungen.

Marcus Eberhardt: Die FDP-Fraktion unterstützt die Motion von Lukas Füglistner betreffend Aufhebung der Parkplatzanlage beim Schulhaus Unterboden. Wir sind auch der Meinung, dass bewirtschaftete Parkplätze in indirekter Konkurrenz zu den Spielmöglichkeiten stehen und gleichzeitig ein nicht unerhebliches Gefahrenpotenzial darstellen, wenn gespielt und gefahren wird.

Alois Baumgartner: Der Pausenplatz des Schulhauses Unterboden soll Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Die Mitte-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich positiv die Aufhebung des Parkplatzes beim Schulhaus Unterboden.

David Wick: Ich mache es fast so kurz wie die FDP-Fraktion. Wir möchten dem Gemeinderat für die rasche und vor allem auch konsequente Umsetzung danken. Vor allem auch Lukas Füglistner und der SVP-Fraktion. Es ist ein schönes Abschiedsgeschenk, was du uns machst und zwar ziemlich im Konsens. Wir freuen uns, dass der Pausenplatz wirklich wie ein Pausenplatz genutzt wird und nicht zusätzlich als Parkplatz dient. Es schafft auch gute Anreize, dass man mal mit dem Velo kommt oder mit dem ÖV und das Auto zuhause lässt. Wir finden es super.

Der einzige Wehmutstropfen ist, dass die Parkplätze dort einfach ein wenig vor den Eingang verschoben worden sind. Ich will niemandem absichtlich vorwerfen, dass es beabsichtigt worden ist, aber an dieser Strasse vor dem Schulhaus werden jetzt acht neue Parkplätze geplant. Es hat Einsprachen gegeben und das ist auch gut so. Wir fragen uns ob es sinnvoll ist, heute noch mehr Verkehr anzulocken, quasi Eltern-Taxis und so weiter, direkt vor dem Schulhaus. Wir zählen auf den Verstand und die Vernunft der Gemeindeverwaltung, dass man es nochmals überdenkt. Wir bedanken uns herzlich für die ungewohnt konsequente und schnelle Umsetzung.

Daniela Graubner: Wir finden, dass es ein wichtiger und richtiger Schritt ist, dass die Schulen den Kindern gehören und dort keine Parkplätze mehr bewirtschaftet werden. Wir finden, dass dies ein sehr guter Vorstoss von Lukas Füglistner ist und befürworten diesen.

Mia Jenni: Ich schlage ebenfalls in die gleiche Kerbe wie alle meine Vorrednerinnen und Vorredner. Die SP-Fraktion hat das Geschäft geprüft und wir haben nichts dagegen einzuwenden. Wir finden ebenfalls, dass der Schulplatz ein Aufenthaltsort bleiben sollte. Was uns ein bisschen fehlt sind die flankierenden Massnahmen. Es werden nicht alle auf den ÖV umsteigen. Wir haben weiterhin Vereine, welche stark über das Auto funktionieren. Es stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat genügend Flexibilität besitzt, falls man merkt, dass es ernsthaft zu einem Problem wird und ob dann Lösungen gesucht werden. Das wäre auch unsere Erwartung.

Schön wäre es gewesen, wenn dies bereits Teil der Vorlage oder Teil der Überlegungen gewesen wäre. Gut finden wir auch, dass es Sonderbewilligungen gibt. Besser wäre es gewesen, wenn dies direkt in der Vorlage gestanden hätte und nicht erst in der Präsidiumssitzung erwähnt worden wäre. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Kristin Lamprecht: Ich glaube, ich wohne so nah wie niemand anderes am Schulhaus Unterboden und an diesem Platz. Ich finde es wunderbar, dass der Parkplatz geschlossen wird. Ich hoffe sehr, dass dies auch nachts gilt und nicht weiterhin Autos vor meinem Schlafzimmerfenster herumfahren. Ich habe aber allerdings, als jemand der gegenüber des Schulhauses wohnt, ein wenig Sorge wegen des im Moment noch frei zugänglichen Parkplatzes. Ob dieser bewirtschaftet oder nicht bewirtschaftet wird, besteht die Befürchtung, dass künftig alle, die nicht mehr auf dem Schulhausplatz parkieren können, auf den Kirchenparkplatz ausweichen. Das fänden wir unschön. Ich möchte dies einmal anmerken, damit es nicht dazu kommt, dass man später auch auf dem Kirchenparkplatz noch eine Barriere errichten muss.

Ralph Hunziker: Ich habe zum Schluss noch eine Anmerkung und auch eine Information aus der Sportkommission. Wir treffen uns jeweils mit den Vereinen in einer Konferenz. Vielleicht sollte man dort auch das Thema Parkplatz, welches die Sportvereine betrifft, einmal ansprechen. Ich habe summarisch einmal aufgenommen, was dort das Votum war. Es herrschte eine nicht ganz so heimelige Stimmung. Ich möchte euch kurz mitteilen, dass diese Konferenz stattgefunden hat. Die Resultate sind in eine gewisse Richtung gegangen. Eine Mehrheit, beziehungsweise eine knappe Mehrheit, befürwortet die Aufhebung der Parkplätze. Die gleiche knappe Mehrheit findet aber, dass gewisse Anschlussmöglichkeiten, die in diesem Projekt nicht enthalten sind, fehlen und von der Gemeinde angegangen werden müssten. Ein kleiner Teil war der Meinung, dass man es so, wie es jetzt im Text steht, durchführen kann. Das noch aus der Sportwelt.

Meine persönliche Anmerkung ist folgende: Ich finde, man kann beispielsweise vom Gemeindehaus gut rüber laufen, für diese Distanz. Gleichzeitig finde ich es aber auch ein bisschen mutlos vom Gemeinderat, dass er nicht noch weitere Möglichkeiten angegangen ist. Sei dies mit einmieten in bestehende Verträge mit der Kirche am Abend oder vielleicht auch Überlegungen mit dem Markthof. Auch bauliche Massnahmen könnte man sich überlegen. Ich habe bisher noch nichts gehört, dass es an der Strasse, das wäre dann die Oberdorfstrasse, zusätzliche Parkplätze geben soll. Wenn das kommen würde, wäre das wirklich problematisch. Man sollte Massnahmen flankieren, aber nicht so, dass bereits wieder neue Probleme entstehen. Ich finde, dass man es durchaus in Betracht ziehen und zumindest angehen könnte, anstatt gar nichts in diese Richtung zu probieren.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

1. Die Parkplatzanlage beim Schulhaus Unterboden wird aufgehoben.
2. Beim Reglement über das Parkieren von Motorfahrzeugen auf öffentlichem Grund im Grund (Parkierungsreglement) wird der Anhang korrigiert:
 - 2.1 Streichung Unterboden bei der Legende
 - 2.2 Wechsel des Fotos
3. Die Motion ist als erledigt von der Kontrolle zu streichen.

Der Antrag wurde mit 38 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

8 2025/29 Verpflichtungskredit Spielplatz Schulanlage Unterboden

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Vizeammann: Im Budget war vorgesehen, dass man den Spielplatz im Schulhaus Unterboden umsetzen würde, dafür wurde eine Summe von CHF 119'700 eingesetzt. Als man begann die Umsetzung konkret zu planen, hat man gemerkt, dass diese Summe nicht ausreichen wird. Das Problem war, dass der Fallschutz, also der Kunststoff-Fallschutz, in einem schlechteren Zustand ist als ursprünglich angenommen und dass dieser ersetzt werden muss.

Man hat Alternativen geprüft, ob man etwas weglassen oder ändern könnte, damit die Summe reicht und es ein vollendets Projekt wäre. Man hat festgestellt, dass es nicht funktioniert und dass es ein "Gebastel" wird oder ein Spielplatz, der den Anforderungen nicht genügt. Was man ebenfalls festgestellt hat, ist dass das ursprünglich vorgesehene Spielgerät, ein Holzpiratenschiff oder etwas Ähnliches, die Benutzergruppe nicht getroffen hat. Die Schule war ebenfalls nicht zufrieden.

Daraufhin haben wir dem Projekt den Stecker gezogen. Wir haben es gestoppt und gesagt, wir gleisen es neu auf. Wir haben es zusammen mit der Schule und mit dem Hauswart gemacht. Wir haben dabei berücksichtigt, was dies für den Unterhalt bedeutet. So können wir nun etwas vorlegen, was funktioniert.

Auf den ersten Blick sah es nicht schlimm aus, es war jedoch so schlimm, dass wir im Juli 2025 einen Bericht des Spielplatzinspektors erhalten haben, indem geschrieben war, dass wir die Geräte sofort abbauen müssen. Es bestand die Gefahr, dass bei stärkerem Schütteln die Konstruktion nicht mehr halten würden. Das Holz war durch. Wir hatten Sprossen welche herausstanden und scharfe Ecken. Künstlerische Verzierungen kann man noch tolerieren, das ist Geschmackssache, aber klar war, dass die Geräte nicht mehr stehen bleiben konnten und sofort abgebaut werden mussten. Wenn man zusammenfasst wie es im Moment aussieht, trifft es der Begriff "trotlos" ziemlich gut.

Wie soll es weitergehen? Es soll erfreulich aussehen. Auf etwa der gleichen Fläche wie zuvor, grün eingerahmt, soll die Fläche wieder genutzt werden. Es sind fünf Geräte vorgesehen, die in der Mitte ein Trapez-Klettergerüst bilden, drumherum werden vier weitere Geräte angeordnet. Die Idee war, den bestehenden Fallschutz-Untergrund möglichst optimal zu nutzen und einen neuen Belag darauf zu legen, ohne allzu grosse Veränderungen vornehmen zu müssen. Wenn man sich die Situation anschaut: Links ist die Turnhalle, rechts ist Richtung Markthof, weiter vorne das kleine dunkle Gebäude, das ist die Alterswohnliegenschaft. In diese Richtung gibt es noch einen Teerplatz, bei dem eigentlich niemand genau weiss, wofür er genutzt wird. Diesen möchten wir entfernen.

Die zwei Pingpong-Tische funktionieren derzeit nur teilweise, da ein zentrales Element fehlt, nämlich die Tischplatte. Das wollen wir korrigieren, damit diese wieder genutzt werden können. Die Bänke werden verschoben und das Ganze insgesamt etwas ansehnlicher gestaltet. Ich denke, es gibt eine sehr erfreuliche Sache. Das Projekt wird teurer als ursprünglich gedacht, fairerweise muss man das sagen. Wir rechnen mit Kosten von rund CHF 160'000. Die Idee ist, im Frühling mit der Umsetzung zu beginnen, sofern das Wetter mitspielt, da der Belag eine gewisse Wärme benötigt. Idealerweise würden die Arbeiten in den Schulferien stattfinden, da es sich um ein Schulareal handelt und so der Schulweg weniger beeinträchtigt wird. Sollte es sich nicht vollständig realisieren lassen, ist man sich bewusst, dass dies eine heikle Situation ist und würde dieser entsprechend Rechnung tragen. Das Ziel der Arbeitsgruppe, die wir gebildet haben, ist dass die Kinder vor den Sommerferien wieder auf diesem Platz spielen können. Was ich betonen möchte: Der Spielplatz wird auf die Bedürfnisse der Schulkinder ausgerichtet und nicht auf jene von Kleinkindern.

Ivan Füglistner: Es ist ein cooles Projekt. Wir werden diesem grossmehrheitlich zustimmen. Es ist schade, dass es wieder zwei Anläufe gebraucht hat. Beim ersten Mal hat man gesehen, dass der Untergrund nicht hält. Was für mich, oder für uns allgemein, komisch ist: Der Platz liegt auf einem Areal des Schulhauses. Die Schule wurde am Anfang nicht eingebunden. Das ist bei uns auf grosses Unverständnis gestossen. Trotzdem ist es schön, dass ihr Lehren daraus gezogen habt und dass es hoffentlich bei anderen Projekten nicht mehr passiert.

Davorka Oluic: Wir unterstützen den Kredit von CHF 160'000 für den Ersatz des Spielplatzes. Die Situation ist klar: Die Anlagen mussten aus Sicherheitsgründen sofort entfernt werden und der vorhandene Fallschutz war defekt und nicht mehr nutzbar. Ein Weiterwursteln wäre weder verantwortungsvoll noch wirtschaftlich. Das überarbeitete Projekt ist pragmatisch, nutzungsbestimmt strukturiert, basiert auf realen Offerten und liefert eine langlebige sowie unterhaltssame Lösung. Genau das erwarten wir als FDP-Fraktion: Zweckmässig, effizient und gut geplant. Wir unterstützen den Verpflichtungskredit.

Christian Buser: Wir unterstützen das Geschäft ebenfalls. Es ist nachvollziehbar und sinnvoll, darüber gibt es keine Diskussion. Es ist eine sehr gute Sache. Vor fünf Minuten haben wir von Peter Marten gehört, dass es auf der anderen Seite der Turnhalle einen weiteren Platz hat. Aus unserer Sicht gibt es dort Potenzial, damit es nicht so trist bleibt. Im Moment stehen dort im Wesentlichen ein Basketballkorb und eine Mauer aus Steinen, das wäre aus unserer Sicht der nächste Bereich, den man noch prüfen sollte.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion ist überzeugt, dass das Schulhaus Unterboden ohne einen sicheren und anregenden Spielplatz unvollständig ist. Bewegung, Spiel und das gemeinsame Unterwegssein sind keine Nebensächlichkeiten, sondern zentrale Elemente einer gesunden und kindlichen Entwicklung. Die Fakten sind klar und unbestritten. Die bisherigen Spielgeräte waren marode und mussten nach einer externen Sicherheitsinspektion im Sommer 2025 aufgrund gravierender Sicherheitsmängel sofort entfernt werden. Zurückgeblieben ist eine trostlose und ohne Bewegungsanregende Fläche, die den pädagogischen Werten nicht entspricht. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass der bestehende Fallschutz aufgrund massiver Beschädigungen nicht weiterverwendet werden konnte und fachgerecht entsorgt wurde. Was uns als EVP-Fraktion überzeugt.

Der neue Spielplatz ist altersgerecht. Das ursprünglich geplante Piratenschiff war für Unterstufenkinder gedacht und nicht für die Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe im Unterboden. Der nun vorliegende Entwurf basiert hingegen auf den realen Bedürfnissen der Kinder vor Ort, dank der engen Zusammenarbeit von Schulhauswart und Fachplanern.

Die Planung ist nun verhältnismässig. Die Arbeitsgruppe hat eine Lösung ausgearbeitet, welche die bestehende Fläche optimal nutzt, den Untergrund möglichst übernimmt und gleichzeitig die Sicherheit konsequent gewährleistet.

Trotz unserer grundsätzlichen Unterstützung halten wir als EVP-Fraktion fest, dass der Betrag von CHF 160'000 sehr hoch ist. Gerade weil es sich um einen Ersatzspielplatz handelt, muss der Kostenanstieg kritisch betrachtet werden. Die ursprüngliche Kostenschätzung von CHF 119'700 wurde deutlich überschritten, nicht aufgrund eines Luxusbaus, sondern weil grundlegende Abklärungen zu Beginn offenbar unzureichend waren. Wir erwarten deshalb, dass die in der Vorlage erwähnten Lessons learned tatsächlich umgesetzt werden und künftige Projekte von Anfang an sauber abgeklärt, transparent dokumentiert und realistisch budgetiert werden. Gute Planung spart nicht nur Geld, sondern verhindert auch Verzögerungen und schafft Vertrauen. Die EVP-Fraktion befürwortet den Verpflichtungskredit.

David Wick: Wir unterstützen das Geschäft und finden den Absatz 6 sehr gut. Dieser schafft Vertrauen, Transparenz und zeigt die Einsicht in die gemachten Learnings, sowie deren Kommunikation.

Ralph Hunziker: Ich glaube, es ist wirklich alles gesagt worden. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Muss es wirklich immer ganz kaputt gegangen sein. Stichwort Sicherheit, bevor wir es umsetzen? Ich glaube, das ist nicht nur dem Gemeinderat sehr wichtig, sondern auch dem Einwohnerrat.

Jacqueline Magni: Ich würde es sehr begrüßen, wenn das, was Ralph Hunziker erwähnt hat bezüglich der Sicherheitsüberprüfungen, regelmässig umgesetzt würde. Gerade bei Spielplätzen ist es wichtig. Ich gehe ab und zu mit meinen Enkeln auf den Spielplatz Rumpelpflotsch. Dort war kürzlich ein Schild beschädigt, das wirklich gefährlich war. Ich bin froh, dass da nichts passiert ist. Mein Sohn kennt den Leiter Tiefbau Carlo Schüpbach, er ist bei ihm vorbeigegangen und hat ihn gebeten, es zu überprüfen. Tatsächlich war das Schild kurze Zeit später entfernt, beziehungsweise repariert. Das schätze ich sehr. Ich würde es sehr begrüßen, wenn generell vermehrt auf die Sicherheit auf den Spielplätzen geachtet würde.

Christian Grau: Ich finde das Projekt eine gute Sache und freue mich darüber. Es gefällt mir auch, dass Bäume gepflanzt werden und der Platz besser beschattet wird. Ebenfalls das der Asphalt entfernt und die Fläche geöffnet wird. Was ich als verpasste Chance empfinde, dass man sich nicht für Schnitzel anstelle von Kunststoff entschieden hat. Dadurch hätte man mehr offene Flächen geschaffen und weniger bedenklichen Müll für die Zukunft verursacht.

Marco Erni: Meine Tochter, die jetzt schon das 4. Jahr in diese Schule geht, hat mich gebeten, mich im Einwohnerrat dafür einzusetzen, dass dieses Geschäft unbedingt angenommen wird. Sie hat zudem gesagt, es brauche unbedingt mehr Abfalleimer.

Peter Marten, Vizeammann: Wir machen regelmässige Kontrollen für sämtliche Spielplätze. Es ist unser Bestreben, dass man die Dinge, die man hier sieht, konsequent anpackt und korrigiert. Es ist auch sehr wichtig und das habe ich vorhin ebenfalls erwähnt, dass Beobachtungen unbedingt umgehend gemeldet werden. Es ist äusserst wichtig, da zwischendurch auch etwas passieren kann, was wir nicht sofort sehen. Dafür danke ich.

Zur Schnitzel-Thematik haben wir ebenfalls Abklärungen vorgenommen. Die Holzschnitzel müssen regelmässig erneuert werden. Zudem muss ein spezielles, hochwertiges Holzschnitzel verwendet werden. Ich kenne mich mit den verschiedenen Schnitzel-Arten nicht im Detail aus, aber es scheint sich um ein spezielles Produkt zu handeln. Beim jetzt vorgesehenen Belag haben wir den Vorteil, dass die Fläche besser geeignet ist zum Bewegen, Spielen oder Herumrennen als ein Schnitzelboden. Dazu kommt die ganze Reinigungsgeschichte, die vielfach ebenfalls eine Rolle spielt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Der Kredit über CHF 160'000 (inklusive MwSt.) für den Spielplatz Schulanlage Unterboden wird genehmigt.

Dem Antrag wurde mit 38 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

9 2025/30 Umfrage

Andreas Baumgartner: Ich möchte mich zum Schluss beim Einwohnerrat und beim Gemeinderat bedanken, auch für das Wohlwollen, das ich gegenüber der Schule während dieser Zeit gespürt habe. Bei fast allen Geschäften, die den Schulbereich betroffen haben, habe ich wahrgenommen, dass sowohl der Einwohnerrat als auch der Gemeinderat sehr wohlwollend der Schule gegenüber eingestellt sind. Ich hoffe sehr, dass dies in der nächsten Legislatur bleibt.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Neujahrsapéro wird am 7. Januar 2026 stattfinden. Es würde uns freuen, wenn wir euch dort antreffen würden.

Roger Rüede: Andreas Baumgartner war dieses Mal schneller als ich mit dem Dank. Ich weiss nicht, ob es nur mir so gegangen ist, aber ich hatte das Gefühl, dass es ein sehr harmonischer Abschluss dieser Legislatur war. Vielen Dank euch allen, dass die heutige Sitzung so angenehm verlaufen ist. Ich möchte mich zudem beim Gemeinderat sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die täglich ihr Bestes geben. Ebenso danke ich der Presse für die wohlwollende Berichterstattung und nicht zuletzt der Bevölkerung für das Vertrauen, das sie uns entgegenbringt.

Mara Jenni, Präsidentin: Es hat sich bisher niemand gemeldet wegen dem Eishockeyturnier, welches der Einwohnerrat Wettingen zusammen mit dem Gemeinderat Wettingen organisiert. Ich werde bekannt geben, dass kein Interesse seitens der Gemeinde Obersiggenthal besteht. Ich wollte dies nochmals erwähnen, damit es transparent ist.

10 2025/31 Verabschiedungen

Mara Jenni, Präsidentin: Dann kommen wir zu den Verabschiedungen der Einwohnerratsmitglieder, die zum Teil noch da sind oder bereits während dieser Legislaturperiode ausgetreten sind. Von den austretenden oder auszutretenden Mitgliedern sollten heute folgende anwesend sein, die ich nun gerne bitten würde, nach vorne zu kommen:

Andreas Baumgartner, Marco Erni, Lukas Füglistner, Kim Grab, Doruntina Hoxha, Peter Huber, Micha Jetzer, Jacqueline Magni, Ueli Meier, Davorka Oluic, Hanne Rigter und Christoph Villiger.

Liebe ehemalige oder bald ehemalige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dieser Gemeinde. Ich danke euch im Namen der Gemeinde herzlich für euren oft wirklich langjährigen Einsatz im Einwohnerrat. Ich glaube es ist einiges an Hirnschmalz von euch über die Jahre durch das Lesen und Verstehen der Unterlagen zu den Einwohnerratsgeschäften verbraucht worden. Immer wieder hat es wahrscheinlich nach einer langen Diskussion in einer Fraktionsitzung am nächsten Morgen Augenringe gegeben und dann eine Woche später vielleicht gleich nochmals bei der eigentlichen Einwohnerratssitzung. Vielleicht mussten sich einige von euch am Anfang ein wenig Mut machen, Wortmeldungen zu halten, bis es dann irgendwann ein No-Brainer geworden ist. Jetzt seid ihr auf jeden Fall nicht mehr E-Mail-Adressatinnen und Adressaten von Romana Hächler, die uns so nett und pünktlich daran erinnerte, dass wieder Vorlagen zum Studieren bereitstehen.

Bei vielen von euch sind noch zusätzliche Aufgaben dazugekommen, wie Kommissionssitze oder Ratspräsidien, was alles ein weiterer Mehraufwand an Zeit und Energie gewesen ist, neben den mittlerweile nicht mehr postalischen, sondern digitalen Ratsunterlagen. Es hat sich auch in dieser Zeit, in denen ihr Teil dieses Rates wart, vieles verändert. Am besten dazu sagen könnte heute von den Anwesenden Christoph Villiger, der ist, wenn ich richtig gezählt habe, seit 18 Jahren Einwohnerrat. Wäre Erich heute hier, wäre er es gewesen.

Ich möchte mich jedoch auf Folgendes konzentrieren: In einer Zeit, die geprägt ist von mehrfachen Krisen, wie der globalen Erwärmung, vielen humanitären Notlagen rund um den Globus und einem beängstigenden Anstieg autoritärer und antidemokratischer Kräfte innerhalb und ausserhalb Europas, habt ihr mit eurem Einsatz bewiesen, was Demokratie ist. Es ist Knochenarbeit, es ist mühsam, aber es ist auch der Wille sich einzubringen und zu gestalten und so zu einer lebendigen Gemeinschaft beizutragen.

Ich bin der Meinung, der Mensch ist nichts ohne seine Gemeinschaft. Ich hoffe, dass ihr diesen Willen auch ausserhalb des Einwohnerrates weitertragt, um der zunehmenden Apathie gegenüber Welt und Politik etwas entgegenzusetzen. Nun wünsche ich euch, mit grossem Dank für alles bisher Geleistete, eine schöne Adventszeit und danach besinnliche und erholsame Festtage. Ich weiss, auch das ist nicht immer einfach. Wir im Rat Verbleibenden und auch die neu Gewählten freuen uns, euch weiterhin als aufmerksame Zuschauerinnen und Zuschauer im Rat oder ausserhalb als engagierte Einwohnerinnen und Einwohner dieser Gemeinde zu sehen, anzutreffen und auch mit euch zu diskutieren. Als kleine Wertschätzung wird euch Romana Hächler noch ein kleines Geschenk überreichen.

Dann kommen wir zum Büro-Präsidium. Ich möchte auch meinem Vizepräsidenten und Nachfolger Christian Buser, sowie der langjährigen Stimmenzählerin Ursula Spinnler für das Überblick behalten und die Unterstützung danken. Es ist ein Team-Effort und darum gibt es für euch ebenfalls ein kleines Geschenk. Ebenfalls vielen Dank dir, Ralph Hunziker, für das Einspringen zum Schluss.

Ganz herzlich danken möchte ich auch Bettina Lutz Güttler, Jürg Stucki und Romana Hächler für die immer sehr hilfreichen Vorbereitungssitzungen. Ich würde sagen, in der Sitzung selber sind immer alle gleich hilfreich gewesen. Trotzdem möchte ich mich persönlich bei Romana Hächler bedanken. Das ist nicht überraschend, sie ist für mich immer erreichbar gewesen,

auch tagsüber und sie hat auf E-Mails, WhatsApp-Nachrichten und Anrufe reagiert. Deshalb möchte ich Romana Hächler ganz speziell mit einem kleinen Blumenstrauss danken.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Jetzt kommst du, Mara Jenni, an die Reihe. Du hast mich an der letzten Vorbereitung gefragt, wie viel ich eigentlich rede, damit du nicht abfällst. Ich muss sagen: Wow, dieses Mal werde ich abfallen.

Du hast in den vergangenen zwei Jahren eine sehr erfrischende Art gehabt, den Rat durch die Beratungen zu führen. Wer dich kennt, weiss, dass du klar Position beziehst, deine Meinung sagst und auch gerne ein bisschen plauderst, wie wir heute wieder gemerkt haben. Darauf hast du in den letzten beiden Jahren, leider oder zum Glück, teilweise verzichten müssen. Trotzdem ist es dir gelungen, die Sitzungen mit deinem eigenen Stempel zu prägen. Du hast mit deiner sachlichen Art stets den Überblick behalten, auch wenn deine Persönlichkeit immer wieder durchgedrungen ist. Das finde ich sehr beeindruckend.

Das hat sich auch an der Sitzung vom 13. Juni 2024 gezeigt, als wir kurzfristig abbrechen mussten. Diese Sitzung haben wir am 27. Juni 2024 wieder aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen. Insgesamt hast du sieben Sitzungen geleitet und warst immer sehr gut vorbereitet. Auch die Vorbereitungssitzungen hast du souverän geführt und auf unerwartete auftretende Verfahrensfragen im Rat stets souverän, flexibel und kompetent reagiert. Zudem hast du darauf geachtet, dass alle zu Wort kommen. Insgesamt hast du den Rat während rund 22 Stunden geleitet, ohne die heutige Sitzung mitzuzählen. Dafür danke ich dir im Namen der Einwohnerinnen und Einwohner von Obersiggenthal ganz herzlich für dein grosses Engagement als Ratspräsidentin. Ich wünsche dir für die kommende Legislatur viel Freude wieder offen deine Meinung vertreten zu können. Herzlichen Dank.

Ich freue mich ausserordentlich, dass ich Peter Stucki bei uns begrüssen darf. Peter Stuckis politische Karriere in Obersiggenthal begann am 4. September 2003 als Mitglied des Einwohnerrates. Er gehörte diesem bis am 31. Dezember 2013 an. Parallel dazu war er Mitglied der Verkehrskommission, in der er ebenfalls zehn Jahre tätig war. Anschliessend war er ab Januar 2014 Mitglied der Steuerkommission, bis er nach seiner Wahl in den Gemeinderat dort zurücktrat. Zudem hatte er das Amt eines Friedensrichters im Bezirk Baden. Am 23. September 2018 wurde Peter Stucki in den Gemeinderat gewählt. Damals war er für das Ressort Tiefbau inklusive Wasserversorgung und Baudienst, sowie für das Hallen- und Gartenbad zuständig. Ab dem 1. Januar 2022 bis zu seinem Rücktritt im März 2025 war er Vizeamman. In dieser Zeit haben wir uns ab und zu auch intensiver miteinander ausgetauscht. Mit der Einführung des Geschäftsleitungsmodells, dem sogenannten Tandem-Prinzip, hat sich sein Ressort erheblich erweitert. Zusätzlich zählten der Hochbau, sowie der bauliche Unterhalt der Liegenschaften zu seinem Aufgabengebiet.

Von Amtes wegen war er Mitglied im Vorstand des Abwasserverbandes der Region Baden-Wettingen, das war ab dem 18. Juni 2019 bis zu seinem Rücktritt. Er war Mitglied in den folgenden Kommissionen: Baukommission, Baukommission Hallen- und Gartenbad, Landwirtschaftskommission, Friedhofskommission, Ortsbildkommission und im Wahlbüro. Darüber war ich sehr froh, insbesondere als meine Kinder noch klein waren und diese Termine in die Ferien fielen.

Sein Engagement für sein Amt war ausserordentlich. Mit viel Elan hat er sich in sein Ressort eingearbeitet und bei Personalausfällen die Ärmel hochgekrempelt und angepackt. Er hat sich nicht gescheut, Verantwortung zu übernehmen und auch unangenehme Informationen und Positionen zu vertreten. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben von seiner langjährigen beruflichen Erfahrung in Führungspositionen profitiert.

In seine Amtszeit fielen zwei grosse Geschäfte. Die Vorlage für den Erhalt des Hallen- und Gartenbads, sowie die Vorlage für die Neugestaltung des Kirchwegs. Für beide war eine Volksabstimmung nötig. Wir erinnern uns an die Abstimmungen im Zusammenhang mit dem Hallen- und Gartenbad, bei der viele Emotionen im Spiel waren. Er hat es gemeistert.

In den Gemeinderatsdiskussionen haben wir ihn als konstruktiv, lösungsorientiert und unterstützend erlebt. Er war unabhängig in seinem Denken und ganz der Sachpolitik verpflichtet. Peter Stucki wäre jedoch nicht Peter gewesen, wenn er im Gemeinderat nicht hin und wieder eine Kostprobe seines pointierten, leicht schrägen Humors gegeben oder seine Meinung mit besonderem Nachdruck vertreten hätte. Er hat aber immer das Wohl der Gemeinde im Blick behalten.

Peter, die Diskussionen mit dir waren immer spannend und nie langweilig. Du hast mit messerscharfem Verstand argumentiert und viele Fragen auf den Punkt gebracht. Wir haben vernommen, dass du in letzter Zeit die Kochkunst für dich entdeckt hast und Freude an schönem Kochequipment hast. Dazu möchten wir etwas beisteuern. Wir wünschen dir und deiner Familie einen schönen Unruhestand im Kreis deiner wachsenden Familie und vor allem gute Gesundheit.

Peter Stucki: Vielen Dank. Ich möchte mich zuerst entschuldigen, dass ich im März abgehauen bin. Aber die Diagnose, die ich an meinem ziemlich genau 69. Geburtstag bekommen habe, macht deutlich, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass ich heute noch am Leben bin.

Ich möchte mich bedanken, dass ich sehr viele Zusprüche aus dem Rat erhalten habe, auch von unserer Fraktion, während dieser schwierigen Zeit, die hinter mir liegt. Ich muss sagen, es tut sehr gut, wenn man so einen Zuspruch bekommt. Ich habe mit meinem Leben abschliessen müssen. Der erste Gedanke, den ich hatte, war: "läck mir", was durfte ich für ein privilegiertes Leben führen. 69 Jahre Familie, 69 Jahre Frieden, 69 Jahre Freiheit, 69 Jahre Wohlstand, 69 Jahre sehr gute Gesundheit. Ich weiss nicht, ob sie sich alle bewusst sind, was Freiheit und Frieden bedeuten. Fast 70 Jahre Frieden in Europa. Wir sind privilegierte Menschen, extrem privilegierte Menschen. Schauen sie sich um auf diesem Planeten, schauen sie, wie Menschen früher gelebt haben und wie sie und ich heute in diesem Land leben dürfen.

Es gibt Tausende von Kleinigkeiten, über die man in diesem Rat streiten kann. Aber das Gesamtergebnis, das wir mit unserer Demokratie und unserem Verständnis des Zusammenlebens erzielen, ist jeden Tag ein Sechser im Lotto. Ich möchte mich dafür bedanken, dass sie sich bereit erklären, an dem zu arbeiten, was unser Land ausmacht, Freiheit und Frieden. Es ist nicht selbstverständlich, es braucht Leute wie sie, damit das funktioniert. Danke vielmals. Ich wünsche allen eine gute Adventszeit.

Mara Jenni, Präsidentin: Wir wissen, es gibt noch eine weitere Verabschiedung des Gemeinderats. Wir von der SP-Fraktion möchten jedoch auch gerne etwas zur Verabschiedung von Peter Stucki sagen.

Mia Jenni: Nicht nur von Peter Stucki. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Raum einnehmen. Ich bin sicher nicht die Einzige in diesem Raum, wenn ich sage, es ist wundervoll, dass wir dich heute Abend so wohlauf in unseren Reihen sehen dürfen.

Mit dieser Legislatur geht nun auch ganz sicher deine siebenjährige Amtszeit als Gemeinderat, sowie deine vierjährige Amtszeit als Vizeamman dieser Gemeinde zu Ende und wir alle haben dir zu danken. Du hast die Gemeinde in den letzten Jahren tatkräftig begleitet und geprägt. Wir haben es bereits gehört, dennoch möchte ich es kurz wiederholen: Dank deinem unermüdlichen Einsatz verfügt die Gemeinde heute über ein Liegenschaftskonzept, wir haben das Hallen- und Gartenbad renoviert, den Kirchweg saniert und viele weitere wichtige Projekte umgesetzt. Dies sind nur drei der bekanntesten Geschäfte. Im Namen der SP-Fraktion möchte ich dir heute nochmals offiziell danke. Für deine Arbeit, für deine Bereitschaft, Verantwortung für die Gemeinde zu übernehmen und auch dafür, dass du die Gemeinde teilweise weit über deinen eigentlichen Aufgabenbereich hinaus mitgestaltet hast. Dein Ausdauervermögen und dein Wille sind beeindruckend. Du hast die Gemeinde gestaltet und nicht nur verwaltet. Was ebenfalls nicht unerwähnt bleiben darf, danke auch für deinen nicht immer

für alle gleich verständlichen Humor, der so manche Fraktions- und Einwohnerratssitzung aufgelockert und bereichert hat.

Liebe Mara Jenni, nicht nur als Einwohnerrätin, sondern auch als Einwohnerratspräsidentin hast du ein Amt ausgeübt, das du nicht einfach innegehabt, sondern wirklich gemeistert hast. Mit grosser Disziplin und Sicherheit hast du uns in den vergangenen zwei Jahren durch die Sitzungen geführt. Du bist ein sehr politischer Mensch. Was wir heute gehört haben, dass du stets Ruhe bewahrst und allen Fraktionen und Einwohnerratmitgliedern fair begegnet bist. Ich weiss, wie sehr du dich darauf freust, wenn eine Einwohnerratssitzung für dich künftig nicht mehr bedeutet, Präsidiumssitzungen abzuhalten, Vorbereitungssitzungen zu leiten, Skripte zu schreiben, E-Mails zu beantworten, diese innert kürzester Zeit weiterzuleiten und schliesslich die Sitzung selbst zu führen. Vor allem, wenn es wieder möglich ist, selbst das Wort zu ergreifen. Willkommen zurück auf der anderen Seite. Im Namen der SP-Fraktion danken wir dir herzlich für deinen professionellen, ausdauernden Einsatz und für die hervorragende Repräsentation der Gemeinde Obersiggenthal.

Ganz zum Schluss müssen wir uns als SP-Fraktion heute leider von drei amtierenden Einwohner-rätinnen und Einwohnerräten verabschieden: Hanna Rigter, Marco Erni und Dominik Issa. Hanna Rigter war zusätzlich Mitglied der FIKO und Marco Erni hat das Amt des Präsidenten der Planungskommission ausgeübt. Euch dreien danken wir herzlich für euren langjährigen und intensiven Einsatz für die SP Obersiggenthal. Vielen Dank für die vielen engagierten Beiträge, die langen Reden und den grossen Einsatz. Die Geschenke und ausführlicheren Dankesworte folgen dann beim vorgesehenen Dankessen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Dann kommen wir zu Christian Keller. Christian Keller war vom 1. Januar 2010 bis am 31. Dezember 2019 Mitglied des Einwohnerrates. Die letzten zwei Jahre hatte er das Präsidium. Auf ihn geht, wenn ich es richtig im Kopf habe, auch das Vorgehen zurück, zuerst die Fraktionsmeinungen abzuhören und danach die Einzelvoten abzurichten. Als Einwohnerrat war er während zweieinhalb Jahren Mitglied der Finanzkommission. Zudem war er Mitglied der Arbeitsgruppe Überprüfung Gemeindeordnung, die im Jahr 2014 eingesetzt wurde. Seine grosse Berufung fand er jedoch als Mitglied der Verkehrskommission, der er von November 2011 bis Dezember 2019 angehörte. Dort war er Präsident in den letzten beiden Jahren. Die Gemeinde profitierte dabei von seinem enormen beruflichen Fachwissen im Bereich Langsamverkehr, das er aufgrund seiner Tätigkeit beim Fachverband Fussverkehr Schweiz und als Geschäftsleiter des VCS Aargau mitbrachte. Dieses Wissen kam dem Gemeinderat auch immer wieder zugute.

Seit dem 1. Januar 2020 bist du nun Gemeinderat. Zu deinem Ressort gehörten die Schule, die Schulsozialarbeit, die Jugendarbeit, der Sport- und der Umweltbereich. Als Gemeinderat warst du Mitglied der Jugendkommission, der Energie- und Umweltkommission, der Natur und Heimatschutzkommission, sowie der Sportkommission. In seine Amtszeit fiel die Abschaffung der Schulpflege, über welche das Aargauer Stimmvolk im Herbst 2020 abgestimmt hat. Zusammen mit der Schulleitung wurde in Obersiggenthal eine neue Kompetenzordnung im Schulbereich ausgearbeitet und eingeführt.

Die Interessen deines Ressorts hast du stets mit grossem Nachdruck vertreten. Für "seine" Schule, "seine" Schulsozialarbeit und "seine" Jugendarbeit hat er sich stark eingesetzt und deren Anliegen im Gemeinderat mit viel Energie und Elan vorgetragen. In seiner Amtszeit konnte die Energie- und Umweltkommission zudem mit der Plastiksammlung starten. Ausserdem war er in den beiden Arbeitsgruppen für die Schulraumplanung und Tagesstrukturen engagiert.

Christian Keller verfügt über einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Mit Meinungsäusserungen zu anderen Ressorts hat er sich im Gemeinderat grundsätzlich zurückgehalten. Wenn er jedoch das Gefühl hatte, dass eine Diskussion in eine falsche Richtung lief, hat er eingegriffen. Bei der Formulierung von Entscheiden oder Stellungnahmen konnte man auf seine Expertise zählen, insbesondere dank seiner beruflichen und politischen Vernetzung in Verkehrskreisen

und in Aarau. Als einziger Grossrat im Gemeinderat war er für uns mehr als einmal sehr hilfreich, da er wusste, wer in Aarau für welche Frage, die richtige Ansprechperson ist.

Christian Keller hat die Kollegialität hochgehalten, zum Beispiel wenn er als einziges Gemeinderatsmitglied während der Ferienzeit in Obersiggenthal geblieben ist oder auch dann, wenn man in Verkehrsfragen nicht immer ganz auf seiner Linie war.

Christian, wir wünschen dir eine gute gemeinderatsfreie Zeit und sind sicher, dass wir dich dennoch ab und zu bei Diskussionsrunden im TeleM1 oder in deiner Funktion beim VCS sehen werden. Damit du dich vom Stress rasch erholen kannst, haben wir Gutscheine von Schweiz Tourismus organisiert.

Christian Keller, Gemeinderat: Vielen Dank. Nach diesen sehr intelligenten Worten von Mara Jenni und Bettina Lutz Güttler und diesen berührenden Worten, die wir von Peter Stucki gehört haben, möchte ich nicht mehr viele Worte verlieren. Ich möchte Danke sagen für die Zeit, die ich hier verbringen durfte. Gemeinderat zu sein ist eine herausfordernde Zeit gewesen, aber auch eine sehr spannende und lehrreiche Zeit. Ich finde, es ist ein Privileg, wenn man in einem solchen Gremium mitarbeiten und sich einbringen darf. Ich möchte allen danken, die mich in dieser Zeit unterstützt haben, der Verwaltung und dem Gemeinderat. Ich finde, wir waren immer ein gutes Team, was ich sehr geschätzt habe. In einem zerstrittenen Haufen hätte ich es nicht lange ausgehalten, dafür bin ich vielleicht zu Harmoniesüchtig. Wir hatten es gut miteinander. Was mich besonders befriedigt hat, ist, dass wir sehr oft nach hitzigen Diskussionen einen Konsens gefunden haben, bei dem wir alle dazustehen konnten. Das ist für mich eine grossartige Erfahrung gewesen. Danke an euch alle für das Vertrauen und ja, Spass machte es doch auch.

Christian Blum: Die Reihenfolge ist jetzt ein bisschen schrill. Die FDP-Fraktion möchte zwei Einwohnerräte verabschieden. Davorka Oluic, du bist für Nico Lalli vor zwei Jahren nachgerückt. Sie ist gerade erst warm geworden im Einwohnerrat. Du hast dich jüngst auch sehr begeistert gezeigt, unter anderem mit einer Karriere auf Instagram im Wahlkampf. Ich hoffe, dass für Davorka das erste Amt nicht das letzte Amt war und dass wir dich vielleicht hier an diesem Gremium wiedersehen werden. Christoph Villiger, wir haben die Zahl gehört. Ich habe ihn einmal gefragt, wie lange er schon im Einwohnerrat ist, denn ich wusste das selber nicht so recht. Er hat sich erinnert, dass in seiner ersten Sitzung über ein Verpflichtungskredit für den Bau der Zehntenscheune abgestimmt wurde. Christoph Villiger war in der FIKO und später in dieser Legislaturperiode, auch zwei Jahre Präsident des Einwohnerrats. Er hat sich über lange Zeit stark für die Gemeinde eingesetzt und für die Partei. Beide, Davorka und Christoph, bleiben der FDP-Fraktion im Vorstand erhalten und wollen sich in Zukunft beim Stimmenzählen engagieren.

Daniel Gadiant: Die SVP-Fraktion hat, ich würde sagen, dreieinhalb Verabschiedungen vorzunehmen. Ich beginne mit Micha Jetzer. Er ist seit 2014 Mitglied dieses Rates, sofern wir das korrekt notiert haben. Wir kennen ihn grundsätzlich als ruhigen, besonnenen Kollegen. Wenn es jedoch um die Sache ging, hat er unsere Standpunkte stets mit Nachdruck vertreten. Ich möchte es nicht unnötig in die Länge ziehen, auch wenn ich noch einiges aufgeschrieben hätte. Micha, herzlichen Dank für deinen Einsatz. Im Gegensatz zur SP-Fraktion habe ich mich für eine Weinflasche entschieden.

Mit Micha Jetzer ist auch Lukas Füglistler zu nennen. Er hat sich unter anderem stark in der Verkehrskommission engagiert. Ich könnte nicht alle Ämter aufzählen, dafür bin ich noch nicht lange genug dabei. Lukas Füglistler ist mit seiner Art durchaus einmal angeeckt. Er hat sich vermutlich nicht nur Kollegen gemacht. Aber das gehört dazu und man konnte im Nachhinein immer wieder miteinander sprechen. Bei dir wusste man immer genau, wofür du stehst. Lukas, vielen Dank für deinen Einsatz.

Im Jahr 2020 ist Kim Grab als jüngstes Mitglied unserer Fraktion in den Einwohnerrat nachgerückt. Sie hat damit meine Nachfolge angetreten. Die Sichtweise der jüngeren Generation hat sie gut eingebracht und auch neue Ansichten eröffnet. Beruflich ist bei ihr jedoch vieles

zusammengekommen. Als Ärztin im Kantonsspital Aarau ist man in einem Pflichtdienst eingebunden und kann nicht immer um 19.00 Uhr anwesend sein. Aus diesem Grund hat sie sich entschieden, nicht mehr anzutreten und das Amt weiterzugeben. Kim, herzlichen Dank für deine Energie, deine klare Sicht und deinen Einsatz. Die Blumen bekommst du ein anderes Mal.

Dann haben wir noch eine halbe Verabschiedung. Peter Huber hat die Seite gewechselt. Peter, vielen Dank für deinen Einsatz in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen, zuletzt auch als Fraktionspräsident. Wir waren unter deiner Führung immer gut aufgehoben. Es freut mich, dich nun von vorne zu sehen, ohne mich ständig umdrehen zu müssen. Ich wünsche dir im Gemeinderat alles Gute und viel Durchhaltevermögen.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es noch Verabschiedungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich möchte den schönen Dirigentenstab zurückgeben. Dieser wird in der nächsten Sitzung jemand anderem übergeben. Es ist 22:24 Uhr. Ich bedanke mich bei allen und schliesse die letzte Sitzung.

Die Präsidentin:

Jenni Mara

Die Protokollführerin:

Hächler Romana